

GRÜNE REIHE NR. 2  
Perspektiven ökologisch-sozialer Politik

Georg Otto

**FÜHRT DER "DRITTE WEG" DER PDS  
IN DEN DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS  
ODER IN EINEN SOZIALKAPITALISMUS?**

**Eine Schriftenreihe aus liberal-sozialer Sicht**

1. gedruckte Auflage: Herbst 1995; Text von 1990  
digitalisiert und leicht überarbeitet von Kornelia Halach im Sommer 2007

Herausgeber sind:

**LIBERALSOZIALISTEN in den GRÜNEN** und  
**liberalsoziale BÜRGER - RECHTSAKTION ARBEIT, GESUNDHEIT,  
UMWELT, FRIEDEN**

Kontakt:

**Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG**

**Liberalsoziales Büro (LSB)**

Gänseberg 11

31079 Eberholzen

Tel.: 05065/8132

Mail: [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de)

## **FÜHRT DER "DRITTE WEG" DER PDS IN DEN DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS ODER IN EINEN SOZIALKAPITALISMUS?**

Karl Kautsky in "Die Diktatur des Proletariats", 2. Auflage, S. 4:

"Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse ... Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampf deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei ... dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles."

Obwohl Karl Kautsky damals einer der stark auf Karl Marx fixierten Theoretiker der Sozialdemokratie war, mußten ihm doch ab und zu Zweifel gekommen sein, ob die sozialistische Produktionsweise, also gesellschaftlich/staatlich geplante Wirtschaft mit gesellschaftlich/staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln ein geeignetes Mittel zur Erreichung des sozialistischen Endzieles einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Mit diesem Zitat von Karl Kautsky schließt Franz Oppenheimer das erste Kapitel seiner Schrift "Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus", erschienen 1991. Er schreibt dazu: "Klarer kann nicht zwischen Ziel und Mittel unterschieden, kann nicht ausgesprochen werden, daß das Mittel nur im Hinblick auf das Ziel überhaupt von Gewicht ist. Das Ziel ist bezeichnet, ein Hochziel der Menschheit, die Insel der Rettung aus brandendem Meer.

Wo führt der Weg zu diesem Ziel?"

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zum Vorwort .....	Seite	1
"Wir brauchen einen Dritten Weg"		
Vorwort vom Oktober 1990 .....	Seite	2
Nachwort zum Vorwort .....	Seite	9
Eine "ausgezeichnete Kapitalismus-Analyse": Privateigentum an Produktionsmitteln – Ursache der kapitalistischen Ausbeutung? .....	Seite	10
Der Prüfstein: Verstaatlichung oder Vergesell- schaftung? .....	Seite	12
Neue gesellschaftliche Eigentums-, Leitungs- und Selbstverwaltungsformen – Aber was haben sie mit Überwindung des Kapitalismus zu tun? – Welchen Beitrag kann eine neue Geldordnung dazu leisten? .....	Seite	15
Und wie sieht die Sache bei Mitbestimmung über Banken aus? .....	Seite	24
Kann Karl Marx weiterhelfen? .....	Seite	31
Die Kritik der PDS am Realsozialismus und Real- kapitalismus – eine Kritik von Oberflächenerschei- nungen – Die Geldmacht wird nicht angetastet .....	Seite	36
Der liberalsozialistische dritte Weg: Die LIBERALSOZIALE ORDNUNG – LSO .....	Seite	40
Ausblick .....	Seite	46
Anhang: Den Boden soll besitzen, wer ihn bearbei- tet – Bericht über einen Workshop der PDS zur wirt- schaftspolitischen Neubesinnung .....	Seite	50

### WICHTIG:

Die Seitenzahlen weichen **in der Printausgabe** dieses Textes von denen des Inhaltsverzeichnisses ab. In der vorliegenden **Datei** wurde dieser Fehler behoben. Bei Seitenangaben von Textstellen sollte daher mitangegeben werden, ob sie sich auf die Printversion oder die Dateiversion beziehen. Generell sind die Seitenzahlen der Printversion gegenüber denen der Dateiversion um 2 erhöht.

## **Vorwort zum Vorwort**

Durch verschiedene technische Pannen und durch Krankheiten eines Freundes, der den Satz dieser Texte übernommen hatte, schließlich auch durch meine eigene Überlastung mit tagespolitischen Aktivitäten und Arbeiten mit der Herausgabe der Zeitschrift "Alternative 2000" blieb dieser Text von 1990 unveröffentlicht.

Der Neueinzug der PDS in den Bundestag 1994 zeigt, daß inhaltlich die Diskussion über die PDS-Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus weiterhin aktuell ist.

Bei der Durchsicht dieses Textes brauchten keine Veränderungen vorgenommen zu werden. Es erfolgen lediglich einige Anmerkungen, und als Zusatz veröffentlichen wir einen Bericht des Verfassers über eine 1995 stattgefundene Tagung der PDS zum Bodenrecht, die einmal zeigt, daß in PDS-Kreisen weiter ein Nachholbedarf in Sachen Geldrecht besteht. Zum anderen ergänzt der Bericht die Auseinandersetzungen zum Geldrecht ein wenig aus dem Blickwinkel des Bodenrechts.

Ich hoffe, daß der Text insgesamt die Diskussion der Sozialismusfrage belebt.

Georg Otto

September 1995

## **"Wir brauchen einen Dritten Weg"**

### **Vorwort vom Oktober 1990**

Unter diesem Titel brachte Gregor Gysi im September 1990 ein 200-Seiten Buch heraus. Gysi ist Vorsitzender der PDS - Partei des Demokratischen Sozialismus, die aus der SED, der Staatspartei der EX-DDR, hervorgegangen ist.

Wir stellen dies hier lediglich fest, ohne damit von vornherein der PDS den von ihr bekundeten Willen zur Aufarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit und zum Bruch mit ihr, sowie zur Erneuerung des Sozialismus auf freiheitlich-demokratischer Grundlage in Abrede zu stellen.

Wir gehen als Liberalsoziale/Liberalsozialisten ohne Vorurteile in die inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS, obwohl wir als Opfer der SED-Diktatur Grund genug hätten, am Willen der PDS zur Erneuerung zu zweifeln. Mußten doch die Liberalsozialisten nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Machtbereich des sogenannten Sozialismus/Kommunismus eine Totalunterdrückung hinnehmen, die jede offene Diskussion ihrer Positionen so stark ausschloß, daß diese den Reformern im gesamten ehemaligen Ostblock nicht als Denkanstöße zur Verfügung standen, als das Staatswirtschaftssystem immer stärker und überall in einer ökonomisch-sozialen, ökologischen und politischen Sackgasse so strandete, daß entweder von oben oder von unten verzweifelt nach Auswegen aus dem kommenden Zusammenbruch gesucht wurde.<sup>1</sup>

---

1 Gorbatschow war sich bewußt, daß der Sozialismus nicht ohne eine neue Geldordnung zu retten war. So sagte er in seiner großen Rede vom 25. Juni 1987: "Große Aufgaben gibt es im Bereich der Geld zirkulation zu lösen. Ohne dies kann kein neuer Wirtschaftsmechanismus geschaffen werden." Und an anderer Stelle: "Hauptmangel auf diesem Gebiet ist heute die Loslösung... der Geldmittel von der Bewegung materieller Werte und die Übersättigung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln. ... Der jetzige Rubel wird nicht seiner Rolle als aktives Mittel der finanziellen Kontrolle über die Wirtschaft gerecht."

Helmut Creutz schreibt im Artikel "Wohin rollt der Rubel?" als Anhang zur Schrift "Warum der Marxismus scheitern mußte": "Wenn Gorbatschow die von ihm angeführten Schwierigkeiten überwinden will, bleibt ihm nur der Weg einer Abschöpfung des Geldüberhangs. Konkret heißt das, die Re gierung muß das gesamte Geld einziehen und gegen ein neues tauschen, das in seiner Menge der

Weil das so war und ist, müssen die Reformkräfte dieser Länder in ihrem Bemühen, sich aus den Fesseln der Zwangswirtschaften freizuschwimmen, immer stärker auf Rezepte aus der Mottenkiste des scheinbar so überlegenen Kapitalismus zurückgreifen, dessen schwere Schattenseiten und systemimmanenten Krisen sie sich selbst ausreden müssen, indem sie den bis vor kurzem noch verteufelten Kapitalismus nun verschämt als Marktwirtschaft in die zusammenbrechende Staatswirtschaft einzubauen versuchen. Wohin das mit der Methode ein Schritt nach rechts und ein Schritt nach links führt, kann man an der immer schwereren Dauerkrise der Sowjet-Union studieren, wo sich Ineffektivität und Schwerfälligkeit der Staatswirtschaft mit der Halsabschneiderkonkurrenz der neuen Finanzmafia mischen, die sich geschäftstüchtig aus dem Komplott von korrumpierter Staats- und Wirtschaftsbürokratie mit Schiebern und Wirtschaftskriminellen als Neukapitalisten etablieren, mit der Tendenz, Volkseigentum für sich zu privatisieren.

Die Methode friß Vogel oder stirb wird z.Zt. in der EX-DDR praktiziert, wo die schwimmunfähige Staatswirtschaft über Nacht ins eiskalte Wasser des von Westbanken, Westkonzernen und Tausenden von kleinen Einheitsgewinnlern beherrschten "Marktes" geworfen wurde. Alles nach dem Motto: Wer untergeht, ist selber schuld.

Die liberalsoziale Alternative einer Reform des kapitalistischen Geld- und Bodenrechts in Richtung auf eine freiheitliche Sozialordnung ohne kapitalistische Ausbeutungs- und

---

Leistung und dem Angebot der Volkswirtschaft entspricht. Mit durch Leistung gedecktem Geld würde auch das Erbringen von Leistung wieder interessant. Der schwarze Markt verschwände im Gleichschritt mit der Gesundung des normalen Marktes. Und allein mit einer solchen Maßnahme könnte auch der Rubel – ein neuer Rubel – für den freien Austausch am Devisenmarkt zugelassen werden.

Sicher gehören dazu viel Mut und Kraft. Doch wenn ein Patient langsam dahinsieht und der Tod mit jedem Tag unausweichlicher wird, ist selbst eine schmerzhaftes Gewaltkur besser als tatenlos abwarten."

Offensichtlich konnte sich Gorbatschow nicht mehr gegen die neualte Klasse der Geldaristokratie durchsetzen, die die Perestroika in den Neo-Kapitalismus durch immer skrupelloseren Geldherrschaft umformte.

Herrschaftsstrukturen, aber auch ohne Staatswirtschaft, wurde Ende 1989, Anfang 1990 zumindest den damaligen Entscheidungsträgern in der DDR zur Verfügung gestellt: Wie sollte sie beachtet werden, war doch in ihrem bisherigen Denken eine Alternative zum alleinseligmachenden Sozialismus/Kommunismus und zum bisherigen Erzfeind Kapitalismus, der sich jetzt plötzlich als Überlebender im Systemzweikampf entpuppte, nicht einprogrammiert.

Nehmen wir den Willen der PDS zu einem Neuanfang so hin. Dazu gehört aus unserer Sicht neben einer restlosen Aufarbeitung des gesamten Stasi-Komplexes bis in die Reihen ihrer eigenen Führungsgruppe hinein die totale Trennung vom Vermögensimperium, das sie von der ehemaligen Staatspartei übernommen hat. Dieses gesamte Vermögen gehört den Bürgern der ehem. DDR, denen es durch die Staatspartei abgepreßt wurde. Damit es nicht in die Hände der kapitalistischen Regierung des neuen Gesamtdeutschlands fällt, wäre die PDS gut beraten, ihr Vermögen einem von den Basisverbänden der ehem. DDR verwalteten Öko- und Sozialfonds zu übertragen, aus dem wichtige ökologische und soziale Projekte finanziert werden, die auch von der kapitalistischen Gesamtregierung geschnitten werden. Wenn es der SED mit der Vergangenheitsbewältigung ernst ist, so muß sie nicht nur ideologisch, sondern auch finanziell am Nullpunkt anfangen. Und ist das Bekenntnis z.B. zur Ökodorf-Bewegung, wie es im Buch ausgedrückt wird, nicht nur Schönfärberei, so könnte die PDS sofort der Ökodorf-Bewegung zu einem raschen Aufschwung verhelfen.

Mit dieser Auseinandersetzung geben wir der PDS Gedanken in die Hand, die sie für einen ideologischen Neuanfang nutzen kann.

Verstehen wir die 11 Mitarbeiter dieses Buches richtig, so wollten sie mit ihren Aufsätzen erste Ansätze für ihre Vergangenheitsbewältigung und für die Erneuerung



des Sozialismus zur Diskussion stellen. Mehr als Ansätze dazu können so kurz nach einer 40-jährigen Zwangsdeformierung der Idee und Praxis des Sozialismus nicht erwartet werden.

Gysi bezeichnet diesen Ansatz in seinem noch vor der Währungsunion geschriebenen Vorwort immerhin als einen "dritten Weg jenseits bisheriger realsozialistischer und realkapitalistischer Gesellschaftsentwicklungen, die die Menschheit in eine existenzielle, zivilisatorische Krise geführt haben."

Wir bejahen diese Sichtweise. Liberalsozialisten haben, seit den ersten Schriften Silvio Gesells den Realkapitalismus grundlegend kritisiert, und sie haben den späteren Realsozialismus bereits in der Theorie kritisiert, ehe er in der Sowjet-Union traurige Wirklichkeit wurde.

Mit seiner "Natürlichen Wirtschaftsordnung" so der Titel seines Hauptwerkes - stellte Gesell dem Realkapitalismus und der Idee eines von der Mehrwerttheorie von Marx ausgehenden Zwangssozialismus/Zwangskapitalismus die Alternative des Liberalsozialismus als dritten Weg entgegen. Der englische Ökonom John Maynard Keynes ordnete die Vorstellungen Gesells ordnungspolitisch als liberalen Sozialismus ein. Er war überzeugt, daß "die Zukunft mehr vom Geiste Gesells zu lernen habe, als vom Geiste von Marx" - 1936 in "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes".

Das, was sich real als Marxismus durchgesetzt hatte, bricht jetzt weltweit zusammen. Die Visionen, die Marx selbst hatte, wurden nicht verwirklicht. Unter ihrem Banner wurde die Diktatur des Proletariats als Übergangsdiktatur in Kauf genommen, die immer stärker zu einer Dauerdiktatur über das Proletariat wurde, die für die angebliche Vision Millionen von Menschen opferte.

Der Kapitalismus besteht weiter. Soviel er sich auch als "reformfähig" erwiesen hat, was ihm Gysi unterstellt, sein wahres Gesicht hat er vom Grundsatz her nicht verändert. Die Ausbeutung der Menschen durch das Kapital mag sich in den USA (besser Teilen davon) und in Mitteleuropa verfeinert und "humanisiert" und "demokratisiert" haben. Sie ist im Kern geblieben. Liberalsoziale können das nicht als Reformfähigkeit betrachten. Die harte Ausbeutung wurde aus dem schein-demokratisierten Europa/Nordamerika mit äußerster Brutalität in die dritte Welt exportiert, wo sich heute der Kapitalismus im Bunde mit dem eingessenen Feudalismus bis zur weltweiten Selbstzerstörung in Form einer unvorstellbaren Verelendung der Menschen und einer gigantischen Naturzerstörung austobt: Der Liberalsozialismus beansprucht, ein dritter Weg gegenüber den beiden Altsystemen zu sein, die sich in den letzten Jahrzehnten die Welt aufgeteilt hatten. Er stellt beiden Fehlsystemen das Zukunftsbild einer Gesellschaft entgegen, in der die Freiheitsziele des Liberalismus und die Gerechtigkeitsziele des Sozialismus, des Christentums und anderer Weltanschauungen vereint werden können.

Die "Natürliche Wirtschaftsordnung" beschrieb diesen dritten Weg, lange bevor der Begriff "dritter Weg" anders besetzt und teilweise mißbraucht wurde.

So war der Nationalsozialismus weder in der Theorie noch in Praxis ein dritter Weg, obwohl er vorgab, sich zwischen Bolschewismus und Kapitalismus zu schieben. Vor allem letzteren begriff er nur rassistisch und meinte, mit seiner Arisierung ihm die Zähne ziehen zu können. (Unterscheidung zwischen raffendem jüdischen und schaffendem arischen Kapital). Er war weiter nichts, als eine besonders pervertierte Abart des Kapitalismus, der die Ausbeutung der Menschen, besonders als Zwangsarbeiter, und die Herrschaft über Menschen, besonders in den Konzentrationslagern, bis zum Exzeß steigerte. Er war die inhumanste Art des

Kapitalismus. Vor der militärischen Wende 1941/42 unterwarf er fast ganz Europa den Ausbeutungsmethoden des deutschen Kapitals.

Heute gibt es in der Alt-BRD und Österreich eine Reihe rechter Grüppchen, die mit dem Begriff dritter Weg operieren. Selbst die Junge Union zierte sich eine Zeit mit dieser Formel. Und auch Ota Cik meinte, einen dritten Weg entwickelt zu haben, eine Mitte zwischen Markt und Plan.

Als dritter Weg kann ernsthaft nur bestehen, was in der Analyse beider Altsysteme im Grundsatz und widerspruchsfrei erklären kann, warum weder Realkapitalismus noch Realsozialismus die Probleme der Freiheit, Gerechtigkeit, des Friedens und der Ökologie in einer vernetzten Weltordnung lösen können, warum sie sich immer tiefer in diese vier Teilkrisen verstricken, die sich mit großer Geschwindigkeit zu einer umfassenden Gesamtkrise verdichten. Dabei hat sich das jüngere System, das nicht historisch gewachsen war, sondern das der mehr oder weniger am Schreibtisch ausgetüftelten Mehrwerttheorie entsprach, infolge seiner theoretischen wie praktischen Ungereimtheiten und Widersprüche selbst aufgelöst. Das ältere System konnte seine Hauptwidersprüche, z.B. über eine durch die Existenz des jüngeren Systems erzwungene Hochrüstung immer wieder vertagen und exportierte sie vor allem in den letzten Jahrzehnten in die Südhalbkugel der Erde und verschaffte sich so eine Atempause. Die neue Atempause für das ältere System ist die Kapitalisierung der DDR und Osteuropas.

Weiter muß ein dritter Weg auch die Maßnahmen angeben, wie der Kapitalismus freiheitlich und gerecht überwunden werden kann. Oder um mit Gysi zu sprechen: Er muß eine Theorie des Sozialismus entwickeln, was Marx ja nie getan hatte.

Stellen wir uns als Liberalsozialisten der Herausforderung eines dritten Weges der PDS und prüfen wir ohne ideologische Scheuklappen, rein sachorientiert, ob die Mitarbeiter

des Gysibuches diesem Anspruch gerecht werden. Von ihm [dem dritten Weg] sagt Gysi, er stand "am Beginn des Aufbruchs kritischer Mitglieder der SED schon vor der 'Wende' und verbindet die entschiedene theoretische und praktische Kritik am Realsozialismus mit ebensolcher am Realkapitalismus. Er ist der unbekante und unversuchte Weg zu einem demokratischen Sozialismus."

## **Nachwort zum Vorwort:**

Diese Kritik des Buches von Gregor Gysi und das Vorwort wurden im Urlaub im Oktober 1990 geschrieben und wurden Anfang November in Jena zwischen Diskussionen "Umweltkatastrophe und Zinspolitik" und "Führt der dritte Weg der PDS zum demokratischen Sozialismus?" getippt.

Am 2.12.1990 zog die PDS mit einem fast Nullergebnis im Wahlgebiet West dank ihrer Stärke im Wahlgebiet Ost in den ersten gesamtdeutschen Bundestag ein. Ob sie auch dem 2. gesamtdeutschen Parlament bei einheitlichem Wahlgebiet angehören wird, hängt auch davon ab, ob sie bis dahin tatsächlich einen dritten Weg entwickelt, was immerhin eine Beachtung dieser Schrift und die intensive Diskussion der hier aufgezeigten Probleme erfordert. An der Art der Auseinandersetzung der PDS mit dem Liberalsozialismus wird sich zeigen, ob es ernst gemeint ist, was Alexandra Wagner in ihrem Beitrag zum Gysibuch sagt: "Die Stärke der linken Bewegung kann in Zukunft vor allem aus einem konstruktiven Umgang mit der ihr eigenen Vielfalt erwachsen. Die wichtigste Lehre der Vergangenheit ist: Keine Kraft darf mehr für sich ein Wahrheitsmonopol oder eine Führungsrolle beanspruchen. Der produktive Streit, das kritische Überprüfen und das stetige Hinterfragen bereits erarbeiteter Positionen können wichtige Triebkräfte für das Erstarren der Linken sein."

Die Liberalsozialisten sind zu diesem produktiven Streit bereit.

Mitte Dezember 1990

Georg Otto

## **Eine "ausgezeichnete Kapitalismus-Analyse": Privateigentum an Produktionsmitteln – Ursache der kapitalistischen Ausbeutung?**

Mit Gysi, der mit "Was will die PDS in Deutschland?" die Diskussion über diesen "unversuchten Weg" eröffnet, verbindet uns der Traum vom "sozialistischen Ideal einer sozial gerechten, solidarischen, humanen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft ohne Krieg, Hunger und Elend."

Gysi sucht nach Gründen für das Scheitern der Idealvorstellungen in der DDR. Er findet solche im politischen wie ökonomischen Bereich. Politisch in der Trennung von Sozialismus und Demokratie durch die Alleinherrschaft der Staatspartei. "Der Widerspruch zwischen Verheißung und Realität wurde immer größer, viele Mitglieder der SED wurden um ihre Ideale betrogen."

Die ökonomischen Gründe finden unser besonderes Interesse. Zwar ist Ökonomie nicht alles, aber ohne Ökonomie ist fast alles andere nichts. Gysi sieht theoretische Gründe im zum Dogma erstarrten Marxismus/Leninismus. Leider werden diese Gründe nicht weiter thematisiert. Wir können uns mit den von uns gesehenen theoretischen Gründen der Fehlentwicklung hier nur kurz auseinandersetzen, ohne daß wir dabei Einsichten der PDS nutzen können, weil sie nicht genannt wurden.

Diese Aussage wird von Gysi wenige Zeilen weiter relativiert, denn Marx, der zwar "nie eine Theorie des Sozialismus entwickelt hat", sondern ihn nur als Vision, als Traum einer "vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft" sah, habe "den Kapitalismus ausgezeichnet analysiert."

Hier muß gefragt werden: Wenn die Marx-Analyse so ausgezeichnet war, andererseits der Marxismus/Leninismus so dogmatisch erstarrte, daß er zu einer Quelle der

Fehlentwicklung im Realsozialismus wurde, dann wird hier Marx, bzw. der Marxismus frei gesprochen und alle theoretische Schuld für das Scheitern des Sozialismus Lenin, bzw. dem Leninismus aufgeladen. Und den Schülern von Marx, den Marxisten, die aus seiner "ausgezeichneten" Analyse auch keine "sozialistische Theorie", keine Praxisanwendung schlußfolgerten, die Marx selbst nicht leistete.

Die nächste Frage: Nach allgemein marxistischem Verständnis oder meinerwegen nach marxistischem Dogma, von dem Gysi selbst spricht, besteht der Kern der "ausgezeichneten" Kapitalismusanalyse von Marx doch in der Kritik des Privateigentums an Produktionsmitteln. Gemäß Mehrwerttheorie gibt doch das Privateigentum an ihnen den institutionellen Rahmen dafür ab, daß sich Ausbeutung so abspielt, wie es die Mehrwerttheorie beschreibt. Wir sind uns wohl auch einig, daß dieses die Haupttheorie von Marx ist, auf deren Anwendung der Realsozialismus überall, wenn auch mit Unterschieden, beruht/beruhte.

Die Mehrwerttheorie fordert doch strikt die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, weil es gemäß Mehrwerttheorie die Grundlage für die Ausbeutung ist. Alle realsozialistischen Länder handelten danach.

Also: Alle realsozialistischen Länder hoben entsprechend der Marx-Analyse Privateigentum an Produktionsmitteln auf und verwandelten es entweder in Staatseigentum oder Belegschaftseigentum (Jugoslawien) um. Und in keinem dieser Länder wurden die sozialistischen Visionen verwirklicht. Überall, wo der Realsozialismus nicht mehr durch Panzer, Bajonette und Geheimdienste ausreichend gestützt werden kann, wollen die von ihm beglückten Menschen nichts mehr von ihm wissen. Wenn überall auf der Grundlage der gleichen Mehrwerttheorie die gleichen Maßnahmen ergriffen wurden, die überall zu fast ähnlichen Fehlentwicklungen führten, waren dann diese Maßnahmen nicht falsch – und – weil all dies auf der Grundlage der

Haupttheorie von Marx, der Mehrwerttheorie erfolgte, war dann diese Theorie doch nicht so "ausgezeichnet", und ist sie vielleicht sogar falsch?

Denn – um es nochmals deutlich zu machen: Wenn Privateigentum an Produktionsmitteln die Grundlage dafür ist, daß sich Ausbeutung gemäß Mehrwerttheorie abspielen kann, warum entstand dann nirgends, wo diese Hauptursache der Ausbeutung beseitigt wurde, eine ausbeutungsfreie = sozialistische Gesellschaft?

Ehe auf diese Frage eingegangen wird, wollen wir zur Kenntnis nehmen, wie sich Gysi erklärt, daß die bisherigen realsozialistischen Eigentumsordnungen nicht zum Sozialismus führten.

### **Der Prüfstein: Verstaatlichung oder Vergesellschaftung?**

Lag das Nichterreichen der Ziele nur daran, daß die "Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln nie vollzogen wurde. Praktisch wurde nur Staatseigentum geschaffen." Oder in Jugoslawien – Belegschaftseigentum, das "einseitigen Betriebsegoismus" entstehen ließ?

Anschließend kritisierte Gysi die aus der Verstaatlichung entstandene ineffektive Staats- und Planwirtschaft, die zur Mangelwirtschaft führte. In diesem Punkte sind wir uns einig. Jede mehr privatwirtschaftliche, marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft ist von der Produktionsseite jedem mehr staatswirtschaftlichen System überlegen. Je mehr Staat, um so mehr Mangelwirtschaft, weil um so uneffektiver, schwerfälliger und teurer (Kosten der Lenkungsbürokratie), um so mehr Volksvermögen wird vergeudet.

Wenn es nach Gysi am Staatseigentum und Belegschaftseigentum lag, daß es im Realsozialismus nicht zum wirklichen Sozialismus kam – andererseits aber die



Grundlage dafür, die Annahme, daß Privateigentum am Anfang kapitalistischer Ausbeutung stehe, nicht kritisiert wird, dann, das ist die Logik Gysis, muß nach neuen Eigentumsformen gesucht werden, die Sozialismus erstmalig ermöglichen.

Gysi und die PDS bieten als Vergesellschaftungsmodell echtes Gemeineigentum, bestehend aus einer Mischung von Belegschaftseigentum und Kommunaleigentum an. Hier finde ein Ausgleich der Interessen der Belegschaften (viel Lohn, viel Konsum) und der Allgemeininteressen (gesunde Wirtschaftsstruktur / Umweltschutz / Steuer- aufkommen für den Kommunalhaushalt u.a.) statt. (Beispiele wurden vom Verfasser eingefügt.)

So ganz scheinen die Verfechter dieses Modells nicht überzeugt zu sein, denn: "Zumindest für eine längere Übergangsphase ist es deshalb unserer Meinung nach erforderlich, in gesicherten Proportionen – dies kann nur durch staatliche Rahmen- bedingungen gelingen – verschiedene Eigentumsformen gleichberechtigt nebenein- ander existieren zu lassen." Die verschiedenen Eigentumsformen sind: Privateigentum (dazu gehört auch Eigentum in- und ausländischer Konzerne, und nicht nur Mittelbetriebe, d.V.), Genossenschaftseigentum und eben dieses echte Gemein- eigentum (Belegschaften und Kommunen).

Man erhofft sich aus dieser geregelten Mischung den gesellschaftlichen Interessenausgleich. Interessiert die Privatbetriebe stärker der Kapitalprofit, bei Genossenschaften und Belegschaften mehr der Lohn, so bei den Kommunen die Gemeininteressen.

Wie der Interessenausgleich hergestellt werden soll, bleibt einstweilen noch Geheimnis der PDS, auch was nach der langen Übergangszeit kommen soll. Etwa die

zwangsweise – selbstverständlich demokratisch legitimierte – gesetzliche Durchsetzung des echten Gemeineigentums für alle Betriebe?

Aber so forsch geht die PDS gar nicht an die Sache heran, denn ob "das Gemeineigentum die im Interesse der Menschheit liegende günstige Eigentumsform ist, kann zunächst dahingestellt bleiben."

Zunächst "kommt es darauf an, in diesem Sinne eine Veränderung der ökonomischen Strukturen herbeizuführen, um eine Veränderung der herrschenden Interessen zu erzeugen, die zu einem Interessenausgleich führen kann."

*Also: Das Ziel des Sozialismus, die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital zu überwinden – etwa nach der Devise: Alles den Arbeitenden, nichts für das Kapital, wird hier aufgegeben zugunsten eines im Hoffungsnebel bleibenden Interessenausgleichs. Das klingt bald wie das Godesberger Programm der SPD.*

Dieses sprach von der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit und gab damit jeglichen sozialistischen Anspruch auf, obwohl man das Godesberger Programm das Programm des demokratischen Sozialismus nannte.

Passiert hier Ähnliches mit der Partei des demokratischen Sozialismus, der PDS? Eine Verständigung mit dem Kapital, nur etwas sozial verziert durch stärkere Hervorhebung der Allgemeininteressen? – Wie im Konfliktfalle Allgemeininteressen gegen Kapitalinteressen durchgesetzt werden sollen, darüber gibt es keine Aussage.

Im Konfliktfalle sitzt das Kapital immer am stärkeren Hebel. Jedenfalls solange seine Vormachtstellung nicht durch liberalsoziale Reformen angetastet wird.

## **Neue gesellschaftliche Eigentums-, Leitungs- und Selbstverwaltungsformen – Aber was haben sie mit Überwindung des Kapitalismus zu tun? – Welchen Beitrag kann eine neue Geldordnung dazu leisten?**

Nun gibt es sicher eine Reihe berechtigter Gründe für neue gesellschaftliche Eigentums- und Leitungsformen für Selbstverwaltung der Betroffenen in der Wirtschaft und auch für gesellschaftlichen Interessenausgleich. Wir brauchen sie hier nicht zu diskutieren, weil sie von liberalsozialer Seite ohnehin bejaht werden.

Also auch Liberalsoziale sind für neue Eigentumsformen und demokratisierte Entscheidungsstrukturen in den Betrieben. Soweit sie als liberalsozialistische Strömung in den GRÜNEN wirken, haben sie das Wirtschaftsprogramm von Sindelfingen 1983 mitgetragen, das den Betroffenen neue gesellschaftliche Eigentumsformen ermöglichen will, wenn dies von der Basis her gefordert wird. Hier sind die unterschiedlichsten Formen denkbar von sich selbst verwaltenden Genossenschaften bis hin zu vollkommunistischen Gemeinschaften. Die allgemeinen ökonomischen Rahmenbedingungen sollten jeder/m ermöglichen, so zu wirtschaften, wie es jede/r für immer oder für eine Zeit wünscht.

Insofern sind wir mit der PDS gar nicht so weit auseinander - nur braucht der Liberalsozialismus dafür keine Regelungen durch staatliche Rahmenordnung: Er befähigt vielmehr jede/n, dies frei zu entscheiden, ob sie/er weiter in Privatbetrieben, in Genossenschaften mit eigenem Betriebsanteil oder in vollkommunistischen Gemeinschaften arbeiten wollen, ob sie sich ihren Arbeitstag vom Chef vorschreiben lassen oder in welcher Form sie da mitbestimmen wollen.

Im Liberalsozialismus sind das allein Vertragsangelegenheiten auch ökonomisch unabhängig entscheidender freier Menschen, die zur Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten keine staatliche Ordnung, auch nicht per Mehrheitsentscheid brauchen. Und sollten sich alle *f r e i* für kommunistische Wirtschaftsformen entscheiden, so wird das im Liberalsozialismus genauso respektiert wie eine Massenentscheidung für Privatwirtschaften.

*So schrieb Werner Zimmermann in seiner Schrift: "Sozialismus in Freiheit" schon 1919: "Auch ihr, Kommunisten, werdet frei sein. Weder Staat noch Menschen werden euch hindern, euer Seelenheil in der Selbstlosigkeit zu suchen, unter euch Gütergemeinschaft, ganz gleichgültig, wie ihr sie auffaßt, zu verwirklichen. Zieht ihr durch euer Beispiel andere nach, so ist es recht, dann wird es in der Entwicklungslinie liegen, nur eines dürft ihr nicht: die Mitmenschen zu Eurem Glaubensbekenntnis zwingen wollen. Denn im Freistaat kann wirklich jeder auf seine Art selig werden."*

Weil die Menschen sehr viele Ansichten haben, in welchen Formen sie lieber wirtschaften, wird es keine einseitige, sondern sehr vielfältige Eigentums- und Leitungsformen geben, sobald die Menschen frei darüber entscheiden können. Das aber setzt die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag voraus, also eine Gesamtordnung, in der die Arbeitenden nicht mehr mit dem Kapital teilen müssen. Die Reform des Geld- und Bodenrechts, die von den Liberalsozialisten angestrebt wird, soll die Voraussetzungen dafür schaffen.

Das Entscheidende dabei ist: Erst mit dem vollen Arbeitsertrag, der nicht mehr durch Mehrwert/Zins gekürzt wird, sind die Arbeitenden in der Lage, selbst Eigentum an Produktionsmitteln zu bilden. In welcher Form, das ist ihre Entscheidung. Und: Nach Verwirklichung des vollen Arbeitsertrages kann ein allein oder mit Beschäftigten wirtschaftender Unternehmer nur seinen Arbeitsertrag erarbeiten, aber nicht mehr über Kapitaleigentum Mitarbeiter zur Abgabe des Mehrwertes/Zinses an ihn zwingen.

Diese sind nämlich nicht mehr vom Unternehmer abhängig wie heute. Marx meinte ja noch, daß es das Eigentum an den Produktionsmitteln sei, das es den Unternehmern ermögliche, die Arbeiter auszubeuten und daß darin die Ursache des Kapitalismus zu suchen sei.

Liberalsoziale gehen davon aus, daß es die Zinsfähigkeit des Geldes ist, die die Unternehmen zwingt, egal ob sie in Privathand, in Konzernbesitz, Staatsbesitz oder in Arbeiterhand sind, aus den mit Zinsgeld produzierten Produktionsmitteln, den Fabriken, mindestens so viel zu erwirtschaften, wie die Unternehmen für das Leihgeld an Direktinvestoren oder Banken zahlen müssen.

Die Unternehmen kassieren in Form um den Zins gekürzter Löhne oder/und in Form um den Zins (Kapitalkosten) erhöhter Preise ihrer Produkte den URZINS von den Arbeitenden bzw. Verbrauchern ein und führen ihn an das eigentliche Kapital, an das U R K A P I T A L , das Finanzkapital ab. Das Geldkapital ist als ursprüngliches Kapital – als Kapital an sich, die eigentliche Quelle kapitalistischer Ausbeutung.

Wenn dies so richtig ist – dies behaupten wir zunächst einmal und stellen das in weiteren Schriften noch ausführlicher dar – dann kommt es eben beim Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, weniger auf die Produktionsverhältnisse und die Eigentumsformen an, sondern dann muß dem Geld- und Finanzkapital die Zinsfähigkeit genommen werden.

Dazu schlagen die Liberalsozialen die Umlaufsicherung des Geldes vor, die Geldhorten dadurch unmöglich macht, daß dieses mit einer Antihortungsgebühr, einem negativen Zins also, belegt wird. Kapitalisten, die versuchen, eine Millionen oder eine Milliarde aus dem Verkehr zu ziehen, um dadurch Arbeitslosigkeit auszulösen, um Unternehmen oder bei größerem Geldstreik auch den Staat in die Knie zu zwingen, müssen damit

rechnen, daß aus ihrer Million, Milliarde sehr schnell 900000, bzw. 900 Millionen werden. Bei bewußter Sabotage der neuen Geldordnung, etwa um den Staat zu zwingen, sie wieder aufzugeben, wird der totale Einzug der Spekulations- und Sabotagegelder gesetzlich festgelegt.

Diese Maßnahme, die geldtechnisch ziemlich einfach und ohne bürokratischen Aufwand durchzuführen ist, entmachtet das Geldkapital, zwingt es auch bei sinkenden Zinsen in den Umlauf, auch dann noch, wenn der Zins nur noch als Restrisikoprämie im Bereich von Null pendelt, praktisch abgebaut ist. Um den abgebauten Zins aber steigen die Löhne oder sinken die Preise. Der Reallohn steigt auf die volle Höhe des Arbeitsertrages. Dieser muß nicht mehr mit dem Kapital geteilt werden. Der sogenannte Mehrwert geht jetzt in die Hände der Menschen über, die ihn erarbeiten. Das ist aus liberalsozialer Sicht das Ende des Kapitalismus und der Beginn eines freiheitlichen Sozialismus, bei dem die Frage des Eigentums nicht mehr als Zentralfrage zu stellen ist, etwa im Sinne des Kautsky-Zitates am Anfang dieser Schrift.

Für alle Leser, die sich noch nicht so richtig von der Mehrwerttheorie trennen können, weisen wir hier nur ganz kurz darauf hin, daß Marx ja in Bd. I, wie in Band III "Das Kapital" die Grundlagen einer Geld und Zinstheorie keimhaft entwickelte, sie aber selber, bzw. seine Schüler, immer wieder mit der Mehrwerttheorie erstickte, so daß sie fast unerkannt blieben und von kaum einem Marx-Interpreten als im Widerspruch zur Mehrwerttheorie stehend empfunden wurde.

Soweit in diesem Zusammenhang nötig, gehen wir in dieser Schrift noch etwas darauf ein, verweisen aber alle tiefer an dieser Fragestellung interessierten LeserInnen auf "GRÜNE REIHE" Nr. 3: "Warum der Marxismus scheitern musste". Dort wird ausführlich behandelt, warum eine auf der Mehrwerttheorie beruhende Politik nie zum

Sozialismus führen konnte, sondern im Staatskapitalismus verenden mußte. Dort stellen wir auch den antimarxistischen Karl Marx vor.

Kehren wir nach diesem kurzen theoretischen Exkurs zur Frage zurück, was die liberalsoziale Geldrechtsreform konkret für die Arbeitenden bedeutet.

Ist der Mehrwert/Zins erst einmal in die Arbeitseinkommen übergegangen, dann verfügen die Arbeitenden über den vollen Arbeitsertrag. Das bisherige Kapitaleinkommen wird jetzt Arbeitseinkommen. Die Arbeitenden können jetzt an Stelle der Kapitalisten investieren und selbst Eigentum an den Betrieben erwerben oder neue Betriebe in Arbeiterhand bilden.

Sie können das auch noch aus einem weiteren Grunde. Die liberalsoziale Geldumlaufsicherung schließt künftig Geldstreik aus, der ja das Kapitalangebot verknappt und so den Zins hochhält oder ihn wieder hochtreibt. Erhaltung des Mehrwerts ist ja Sinn und Zweck der Wirtschaftskrisen, was ja Marx in Übereinstimmung mit unserem Theorieansatz im "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" erklärt hat.

*Sobald beim Erreichen eines tendenziellen Mindestprofits in der neuen liberalsozialen Geldordnung Geld nicht mehr gehortet werden kann, geht also die Investition weiter. Es wird weiter gearbeitet, die kapitalistische Krise kann wegen des Zwanges, Geldkapital anbieten zu müssen, nicht ausbrechen, genauer gesagt, sie kann durch Geldhortung nicht mehr ausgebrochen werden. Es muß also weiter investiert werden, bis der Zins unter dem Druck des Kapitalangebotes in die Nähe von Null sinkt.*

Jetzt wird Leihgeld also auch für Betriebe in Arbeiterhand billig. Geldkapital wird zinsfrei. Das allgemeine Krisenrisiko wird Null, denn Geld unter Umlaufzwang kann

keine Krisen mehr auslösen. Die Risikoprämie, als heutiger Zinsbestandteil, geht auch gegen Null. Nur noch für besondere Risiken kann eine Risikoprämie erzielt werden. Die ebenfalls im Zins enthaltene Inflationsprämie sinkt auch auf Null, weil die Währungsverwaltung mit dem umlaufgesicherten Geld relativ problemlos die Geldmenge immer genau entsprechend dem Wirtschaftsumfang steuern und dadurch Inflationen ausschließen kann. Und der eigentliche U R Z I N S , der im Kapitalismus dafür gezahlt werden muß, daß das Kapital w a r t e n , also s t r e i k e n und dadurch Arbeitslosigkeit und Zusammenbrüche der Wirtschaft verursachen und Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit auslösen kann, wird eben durch die Antistreikgebühr, durch den Negativzins getroffen und auf Null gebracht. Was vom heutigen Bruttozins übrig bleibt, sind eine geringe Restrisikoprämie und die Bankspesen zur Deckung der Bankunkosten. Urzins aus dem Liquiditätsvorteil des Geldes - volkstümlich aus dem Monopol des Geldes warten zu können - , die Inflationsprämie und der größte Teil der Risikoprämie werden abgebaut.

Geld wird es also praktisch umsonst, nur noch gegen Berechnung der Bankspesen für die Unkosten der Banken bei der Sammlung der Ersparnisse und bei der Bereitstellung der Kredite geben.

Heute, im Zinskapitalismus, können die Arbeitenden nicht auf Betriebe in Arbeiterhand ausweichen. Einmal fehlen ihnen infolge kapitalistischer Zinsausbeutung die Eigenmittel dafür, weil in Preisen, Gebühren und Steuern bereits jede dritte erarbeitete Mark von den Kapitalausleihern angeeignet wird.

Zweitens würden sich Betriebe in Arbeitnehmerhand bei heute üblichen Zinssätzen das Genick brechen, wenn sie sich verschulden müssen. Und welcher Betrieb kann heute schon ohne Kredit arbeiten?



Erst bei freiem Kredit sind Schulden rückzahlbar und werden für Betriebe in Arbeiterhand tragbar. Nicht Schulden sind für die Betriebe, wie für Private gefährlich, wohl aber die dafür zu zahlenden Zinsen. Wer aus welchen Gründen auch immer mit seinen Zinszahlungen im Rückstand bleibt, dem wachsen die Schuldzinsen über den Kopf:

Bei 5 % Zins verdoppelt sich jede Schuld, aber auch jedes Vermögen in  $14\frac{1}{2}$  Jahren, vervierfacht sich in 29 Jahren, verachtfacht sich in  $43\frac{1}{2}$  Jahren, und so gehen die Verdoppelungen in jeweils  $14\frac{1}{2}$  Jahren weiter.

Bei Zinssätzen von 8 – 10 % (wie um 1990/91 durchaus üblich) tritt die Verdoppelung jeweils schon in  $7\frac{1}{2}$  Jahren ein (bei 10 %), die Vervierfachung bereits in 15 Jahren, die Verachtfachung in  $22\frac{1}{2}$  Jahren und die Versechzehnfachung in 30 Jahren.

So entsteht bei uns die Dauerverschuldung des Volkes und der Superreichtum einer hauchdünnen Finanzaristokratie. Und dieses Verdoppelungsgesetz von Schulden und Vermögen galt 70 Jahre lang auch im Musterland des sogenannten Sozialismus/Kommunismus und entpuppte sich dort als doppelt ausbeutender Staatskapitalismus. Das Verzinsungsgesetz wurde dort nicht abgebaut, sondern verstaatlicht, also unter den Schutz des Staates gestellt. Bei 5 % staatlich garantiertem Zins entstand aus den politischen Machthabern, die sich hohe Einkommen zudiktierten, auch die ökonomische Klasse des Neokapitalisten.

Bei einfacher Verschuldung ohne die mathematische Vermehrung der Schuld durch das jeder Ethik hohnsprechende Zinseszinsprinzip sind Schulden aus Arbeitsleistungen rückzahlbar.

Die liberalsoziale Geldrechtsreform läßt künftig Einkommen nur aus Arbeitsleistungen entstehen, jedoch nicht mehr durch Geldausleihen auf Zins und Zinseszins. Der sich aus

dem Umlaufgeld ergebende Zinsabbau ist die Voraussetzung dafür, daß sich neue Eigentumsformen, auch in Arbeiterhand, auf breiter Front bilden und durchsetzen können.

Würde es dagegen der PDS oder/und anderen politischen Gruppen gelingen, innerhalb der kapitalistischen Geldordnung – die durch keines der Programme der politischen Oppositionsgruppen in der jetzt gesamtdeutschen Republik auch nur gedanklich in Frage gestellt wird – , auf gesetzlichem Wege heute gesellschaftliche Eigentumsformen durchzusetzen, so würde sich an der geldkapitalistischen Ausbeutung der Arbeitenden *n i c h t s* ändern.

*Sie müßten weiterhin Fremdkapital verzinsen – und im Kapitalismus können nur wenige Großbetriebe mit Eigenkapital auskommen, die zahlreichen kleinen und mittleren Betriebe, ob als Kommunaleigentum, Arbeitergenossenschaften oder Privatbetriebe, sind weiter auf Kredite angewiesen und müssen auf Kosten der Arbeitenden/Verbraucher die Zinsen erwirtschaften.*

Kommt es zu solch neuem gesellschaftlichen Eigentum über Enteignungen, so sind auch die Entschädigungen auf dem Kapitalmarkt gegen Zinseszins aufzunehmen, denn weder Staat noch Kommunen haben Eigenmittelreserven, aus denen sie die Entschädigungssummen aufbringen könnten. Über Zins und Zinseszins müssen daher die Steuerzahler insgesamt ein Vielfaches der Entschädigungssummen aufbringen zum Nutzen der bisherigen Eigentümer, die aus Eigentümern eines mit wirtschaftlichen Risiken behafteten Unternehmens nunmehr Staatsgläubiger mit ziemlich sicherem Eingang der Zinsen sind. Sie sind zu Staatskapitalisten avanciert.

Weil der Staat heute bereits so hoch verschuldet ist, daß an eine Rückzahlung weder der alten noch kommender neuer Schulden zu denken ist, können sie sogar ihre Nachfahren zu Staatsgläubigern mit "ewiger" Zinsgarantie machen. Heute (um 1990)

haben Bund, Länder und Gemeinden, als sogenannte Öffentliche Hände bereits ca. 1 000 Mrd. DM Schulden und müssen jedes Jahr fast 100 Mrd. DM Zinsen aus den Steuern in die Schatullen der Staatsgläubiger abführen.<sup>2</sup> (Inzwischen, 2006/07, ist der Schuldenstand aller öffentlichen Hände auf ca. 1,5 Billionen – jetzt aber in EURO – gestiegen. In DM wären dies um die 3 Billionen.)

Die durch den Anschluß der DDR an die BRD bedingten Neuschulden steigern einmal die Staatsverschuldung enorm, zum anderen treiben sie das Zinsniveau hoch, so daß die Gesamtzinsbelastung in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Das "Heute-Journal" vom 25.2.1990 schätzte die Gewinne des Westkapitals als Folge des einheitsbedingten Zinsanstiegs von ca. 8% auf 10% und mehr bereits Anfang 1990 allein in diesen wenigen Einheitsmonaten auf 25-30 Mrd. DM, da sich ja alle Vermögen urplötzlich höher verzinste, weil mutige Frauen und Männer in der DDR der Staatspartei das Abtreten beibrachten.

Hochgerechnet auf das ganze Jahr 1990 dürfte der Einheitszinszuwachs für das Westkapital mit 100 - 150 Mrd. eher zu niedrig veranschlagt sein. Und dabei steht das Westkapital erst am Anfang des großen Fischzuges. Noch kassiert es die Milliarden nicht durch aktive Investitionen (außer im Einzelhandel, Versicherungsbereich, wo das große Absahnen schon kräftig läuft), sondern vorwiegend durch Abwarten, durch Nichtinvestieren. Dadurch wird das Kapitalangebot spekulativ verknappt, der Zins hochgetrieben, die Ostwirtschaft in die totale Katastrophe gejagt, bis sie im Winter 1991 alle Bedingungen des Westkapitals schluckt.

---

2 In ihren Wahlaufufen zugunsten rot-grün mit verstärktem Grün-Anteil wies die liberalsoziale Aktion auf den Schuldenstand 1994 hin: Er betrug 2.000 Mrd. = 2 Bill. DM, davon Bundesschuld 840 Mrd., Gesamtzinslast damals 150 - 200 Mrd. im Jahr, für den Bund allein 100 Mrd. laut dem CDU-Vorsitzenden des Haushaltsausschusses. Selbst ohne Neuschulden würden bei einer Verzinsung von 7% die öffentlichen Schulden im Wahljahr 1998 bereits 2.620 Mrd. DM als Folge des Zinseszinses betragen und die Reichen ohne eigene Arbeit noch reicher machen. Die Zeche zahlen die arbeitenden BürgerInnen.

Würde dann noch die Entschädigung für Alteigentümer von neuem gesellschaftlichen Eigentum hinzukommen, so würden die öffentlichen Schulden abermals anschwellen und die Steuerzahler würden zur Verzinsung auch dieser Neuschulden zur Kasse gebeten.

Man kann die Sache drehen wie man will: Im zusammengebrochenen "Sozialismus/Kommunismus" östlicher Art übernahm der Staat die Zinsgarantie bei einem bei 5 % festgefrorenen Zinsfuß (so jahrzehntelang in der Sowjet-Union). Auch in der BRD ist der über die Staatsverschuldung entstehende Staatskapitalismus im Vordringen. Die Ausbeutung der Arbeitenden durch das Finanzkapital wird dadurch nicht geringer, sondern durch die Kosten des immer schwerfällig arbeitenden Staates größer. Auch selbstverwaltete Betriebe, Unternehmen in neuem gesellschaftlichen Eigentum von Arbeitern und Kommunen bleiben dem Finanzkapital zinspflichtig.

### **Und wie sieht die Sache bei Mitbestimmung über Banken aus?**

Wenn schon das Geld eine so große Rolle im Kapitalismus spielt, so werden sich manche Leser fragen, kommt man dann nicht an die Problemlösung heran, wenn die Gesellschaft und ihre Gruppen direkt über das Bankengeschehen mitbestimmen, denn das meiste Geld läuft ja durch die Banken?

Ob die Überlegung der Kontrolle und Steuerungen der Geldbewegungen Pate gestanden hat, als die Kommission Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik die Forderung nach Mitbestimmung im Bankensektor in die "Grundpositionen der PDS zur Wirtschaftspolitik" aufnahm?

Jedenfalls heißt es dort: "Von besonderem Gewicht für die demokratische Regulierung des wirtschaftlichen Wettbewerbs ist die öffentliche Kontrolle über die Banken und

andere Geldinstitute. Die Mitbestimmung in der Wirtschaft wird wesentlich davon beeinflusst, daß die strategischen Entscheidungen der Banken demokratisiert werden. Die PDS tritt deshalb dafür ein, auch in den Aufsichtsgremien der Banken solche Mitbestimmungsmodelle durchzusetzen, die denen in der gewerblichen Wirtschaft analog sind."

Liberalsoziale wehren sich weder gegen Betriebe, noch gegen Banken in Selbstverwaltung, Eigentum, Miteigentum, Mitbestimmung durch Belegschaften, gesellschaftliche Gruppen oder auch öffentliche Hände. Nur 1/10 der Banken der BRD sind reine Privatbanken und sie kontrollieren keineswegs als Deutsche Bank, Dresdener Bank, Commerzbank, wie oft angenommen wird, auch nur die Hälfte des gesamten Bankenverkehrs. Der Großteil aller Geldbewegungen läuft heute bereits durch Banken, die irgendwo als Kommunal-, Landes-, Genossenschaftsbanken gesellschaftlich kontrolliert und beeinflusst werden.

Wenn sich hinsichtlich ihrer "strategischen Entscheidungen" (PDS-Papier) noch nicht allzuviel in Richtung eines sozialen, ökologischen, friedenspolitischen Zielkataloges getan hat, so auch deshalb, weil es ein solches gesellschaftlich erarbeitetes Rahmenraster für die Entscheidungsspielräume der Wirtschaft und Banken nicht gibt, sondern alle rein nach Renditeüberlegungen für das eigene Kapital entscheiden.

Diese Rahmenordnung ist noch zu entwickeln und politisch durchzusetzen. Die Freiheit der Wirtschaft und der Banken hat dort zu enden, wo Interessen der Gesellschaft davon berührt werden. Durch eine Rahmenordnung ist dafür zu sorgen, daß beide Interessen nicht kollidieren, sondern sich die privaten Interessen der Unternehmen denen der Gesellschaft unterordnen.

DIE GRÜNEN haben dafür schon in ihren ersten Programmen gesellschaftliche Räte (Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialräte) vorgeschlagen. Heute würde man Runde Tische sagen, an denen Wirtschaft, Banken, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherverbände, soziale Gruppen und die Vertreter der örtlichen und regionalen Verwaltungen gemeinsam den sozialen, ökologischen, friedenspolitischen, raumordnerischen Gesamtrahmen für die Entwicklung des jeweiligen Bereiches erarbeiten. Innerhalb dieses Rahmens kann sich die Wirtschaft marktwirtschaftlich entwickeln. Dabei hat eine solche Wirtschaft auch zunehmend Raum für selbstverwaltete Betriebe in Belegschaftseigentum. Auch die strategischen Entscheidungen der Banken sind diesen demokratischen Regelungen zu unterwerfen.

Ganz sicher könnte durch eine solche Ordnung die Entwicklung hin zu einer sozialeren, ökologischeren und friedlicheren Zukunft eingeleitet werden. Jedenfalls nimmt sich das auf dem Papier ganz gut aus, wenn eine Region oder die ganze Bundesrepublik die weitere Förderung von Atomenergie ausschließt oder der Verzicht auf Investitionen in der Rüstungsindustrie beschlossen wird. Weitere Beispiele lassen sich hier nennen.

Unterhalb dieses Ranges ist es durchaus denkbar, daß bei entsprechender Gesetzgebung durch Mitbestimmung der Gesellschaft in der Wirtschaft Veränderungen und nicht nur erste Schritte in Richtung auf mehr soziale Gestaltung der Wirtschaft, auf mehr ökologische Ausrichtung der Produktion durchsetzbar sind.

Und es ist auch denkbar, daß die Banken, selbst die großen Privatbanken mitmachen und den ökosozialen Datenrahmen für ihre Kreditentscheidungen akzeptieren. Den Banken als solchen ist weniger wichtig, was mit ihren Krediten produziert wird, sondern daß nach Abzug ihrer Unkosten und Zahlung der Einlegerzinsen noch ein Geschäftsgewinn übrigbleibt, aus dem wieder das Kapital der Bankeigentümer verzinst werden kann. Zum größten Teil sind das die Genossen der Genossenschaftsbanken, die

Städte und Kreise und nur zum geringen Teil Aktionäre der Großbanken. Solange ökologische Ziele in diesem Sinn gewinnbringend sind, also die kapitalistischen Grundprinzipien der Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden, werden selbst die Kapitalanleger mitspielen.

Was aber, wenn über Gesetzgebung oder/und Mitbestimmung versucht wird, die kapitalistische Wachstums- und Verteilungspolitik grundsätzlich in Frage zu stellen? Wenn etwa der Runde oder Grüne Tisch befinden würde, daß zur Sicherung des Lebens künftiger Generationen generell das Wirtschaftswachstum auf Null zu setzen ist (Ökologische Gleichgewichtswirtschaft), oder wenn aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit das Zinsniveau grundsätzlich für weit überhöht erachtet und ein Niedrigzins bei Null gefordert würde? Oder wenn ganze Produktionsbereiche aus Gründen des Gesundheits- wie des Umweltschutzes stark eingeschränkt oder gar verboten werden sollen? Oder wenn, um des Friedens willen, nicht nur Rüstungsexporte verboten, sondern der Rüstungsetat ganz auf Null gefahren werden soll?

*Wachstum ist nun einmal das entscheidende Grundprinzip des Kapitalismus. Das Kapital will, soll, muß wachsen. Eine Kapitalanlage ist nur dann rentabel, wenn sie einen Mindestzins oberhalb der Rentabilitätsgrenze einbringt. Fällt der Zins, die Profitrate, in die Nähe dieser Grenze, so stellen Kapitalisten erfahrungsgemäß weitere Investitionen ein. Arbeitslosigkeit entsteht, Firmen brechen zusammen, viel Kapital muß abgeschrieben werden, und das die Krise überstehende Kapital zumeist der größeren Kapitaleigner ist um das in der Krise vernichtete Kapital knapper geworden, so daß der Zins, die Profitrate, wieder über diese Grenze hochgetrieben wird. Neue Investitionen rentieren sich jetzt wieder, so daß erneut investiert wird. Die Konjunktur beginnt wieder. Das Kapital ist gewachsen, jedenfalls das größere Kapital auf Kosten des in der Krise ausradierten kleineren Kapitals, und es kann bei jetzt hohem Zinsfluß*

*erneut wachsen, bis das kapitalistische Grundgesetz vom "tendenziellen Fall der Profitrate" den Zins wieder auf die Rentabilitätsgrenze drückt.*

So spielte sich Kapitalismus doch bisher ab. Und in diesem Punkte werden doch auch ehemalige oder noch Marxisten zustimmen. Und nun will ein Runder/Grüner Tisch Wachstum grundsätzlich ausschalten? Wo soll denn die Kapitalrendite, der Zins, der Mehrwert herkommen, wenn er nicht mehr über Produktionswachstum erzielt werden soll?

Kann er nicht mehr aus weiterem Wachstum erwirtschaftet werden, weil auf Weisung Grüner Tische weitere das ökologisch-ökonomische Gleichgewicht übersteigende Investitionen nicht getätigt und verboten werden, dann muß der Kapitalgewinn voll aus dem bei Gleichgewicht (Nullwachstum) gegebenem Produktionsvolumen durch stärkere soziale Ausbeutung herausgeholt werden.

Das aber würde auf Kosten sozialer Gerechtigkeit gehen. Und diese gehört auch zu den Grundzielen der PDS und anderer Gruppen. Sollten diese am Runden, Grünen oder Sozialen Tisch Zinsabbau fordern, weil sie über heutige Ausbeuterzinsen von über 10 % grundsätzlich empört sind, dann würden sie das kapitalistische Grundgesetz noch direkter angehen.

Oder würde gefordert, gesundheitsschädliche, umweltgefährliche Produktionen in der Großchemie, Atomenergie und Rüstungsindustrie auszuschalten, in denen ja riesige Kapitalien gebunden sind, so würden Hauptfelder kapitalistischer Produktion von Mehrwert oder Zins lahmgelegt.

Diese und weitere Fragen, wünschenswerte Ziele aufzuwerfen, zeigen schon die Schwierigkeiten, in einer grundsätzlich auf industrielles und auf Kapitalwachstum



angelegten Wirtschaft gerade diese Hauptprinzipien des Kapitalismus außer Kraft zu setzen.

Oben wurde kurz angedeutet, wie früher der reine Konjunktur- und Krisenzyklus im Zinskapitalismus abließ. Das wird von Marx ähnlich gesehen wie von den Liberalsozialen, die sich hier sowohl auf Keynes wie auf Silvio Gesell stützen. Marx spricht vom tendenziellen Fall der Profitrate. Gesell sagt, die Verzinsung erreicht die Rentabilitätsgrenze, von der ab nicht mehr investiert wird, und Keynes sieht die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in Richtung Null rutschen, was "den sanften Tod der Rentner" auslösen würde. (Keynes meint hier die Kapitalrentner, die von der Kapitalrente/rendite leben.)

Weil aber die Kapitalrentner nicht auf ihren sanften Tod warten, weil sie sich nicht die Zinsäste absägen lassen, auf denen sie sitzen, werden sie Runde, Grüne oder Soziale Tische nur solange tolerieren, solange diese das kapitalistische Mehrwert- und Renditegesetz respektieren. Tasten sie dieses an, so werden sie rücksichtslos von ihrer Hauptwaffe Gebrauch machen. Und diese heißt GELDSTREIK, INVESTITIONSVERWEIGERUNG. In der dann ausbrechenden Krise zeigt sich, wer stärker ist: Das Volk und seine Vertreter in Parlamenten oder selbst organisierten gesellschaftlichen Gruppen oder das Finanzkapital vor und außerhalb der Banken.

*Dann zeigt sich, daß Mitbestimmung über den Bankenapparat eine rein fiktive Mitbestimmung ist.*

Wenn dann noch das große Kapital aus Aktien und sonstigen mobilen Beteiligungen aussteigt und die Erlöse aus ihrer Spekulation à la Baisse (auf Krise) auf Eis legen, dann gibt es nichts mehr mitzubestimmen, als darüber, welche Firmen, welche alternativen Projekte, welche mitbestimmten Betriebe kein Geld mehr erhalten können,

weil zu wenig da ist. Dann kann nur noch mitbestimmt werden, wer zuerst Pleite anmelden muß und wer zuerst arbeitslos wird.

*Dann zeigt sich, daß die Volksweisheit richtig ist: Geld regiert die Welt.*

Neue Eigentumsmodelle, gesellschaftliche Mitbestimmung alles gut und schön. Sie sind brauchbar und nützlich, um ökologische und soziale Einstiege im Kapitalismus zu erzielen. Sie sind aber völlig ungeeignet, den Kapitalismus selbst aufzulösen. Sie können ihre Brauchbarkeit als Instrumente ökologischer und sozialer Politik, zur Umsetzung dieser Ziele im politischen Alltag entfalten, wenn in einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß von der Geldseite weder soziale, ökologische noch friedenspolitische Wirtschaftspolitik gestört und sabotiert werden kann.

Dazu aber muß eine "konsequente Kapitalismuskritik" entwickelt werden. Eine solche nicht zu haben, wirft Gysi der SPD und den GRÜNEN vor. Recht hat er damit. Erstere hat seit Jahren ihren Frieden mit dem Kapital gemacht ... und ihr grundsätzliches Einverständnis mit dem ökonomischen und politischen System der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck gebracht.

Und den GRÜNEN wirft er vor: "Ökologische Probleme sind nicht lösbar, wenn nicht gleichzeitig die soziale Frage beantwortet wird. Führende Vertreter der GRÜNEN haben ebenfalls ihren Frieden mit dem Kapital gemacht. Sie gehen davon aus, daß die ökologische Frage jetzt zu lösen ist. Ausgangspunkt sind die gegebenen Ordnungen. Da es sich nun einmal um kapitalistische Ordnungen handelt, müssen die ökologischen Fragen auch im Rahmen dieser Ordnungen gelöst werden."

Mit der letzten Aussage hat Gysi fast Originalton Joschka Fischer in seinem Buch "Der Umbau der Industriegesellschaft" getroffen.

Wie sieht Gysi das Problem für die PDS? "... die ökologische Frage ist innerhalb kapitalistischer Strukturen letztlich nicht lösbar. Ein weltweiter Umweltschutz wird erst möglich sein, wenn neue gesellschaftliche Strukturen durchgesetzt worden sind."

Recht hat Gysi! Aber wo entwickeln er oder seine Mitarbeiter in diesem Buch die konsequente Kapitalismuskritik, die er bei SPD und GRÜNEN vermißt? Sagt er, welche neuen gesellschaftlichen Strukturen denn nun die Überwindung des Kapitalismus ermöglichen und zum demokratischen Sozialismus führen?

Reichen dazu neue gesellschaftliche Eigentumsformen und demokratische Mitbestimmung aus? Weitere Rezepte hat das Buch nicht zu bieten!

### **Kann Karl Marx weiterhelfen?**

Gysi und seine Mitarbeiter drehen sich im Kreise. Einmal wollen sie sich von der eigenen politischen Vergangenheit des gescheiterten Sozialismus-Modells in seiner stalinistischen Verzerrung lösen und streben zu den Ufern eines freiheitlichen Sozialismus.

Ihre eigene theoretische Verhaftung in den alten Lehren hindert sie, eine wirklich konsequente Kapitalismuskritik zu entwickeln, was sie anderen zu Recht vorwerfen, nicht getan zu haben. Was sie bisher selbst dazu anzubieten haben, kommt aus der Befangenheit im altmarxistischen Denken – letztlich liege es doch an den Produktions- und Eigentumsverhältnissen – nicht hinaus.

Das hindert sie natürlich auch, eine Theorie des Sozialismus zu entwickeln. Was sie bis jetzt als Lösungsmodelle anpreisen, kann aus dem Kapitalismus nicht herausführen und läßt im Kapitalismus nur Sozial- und Umweltkosmetik zu. In einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft, die unentbehrlich für einen demokratischen Sozialismus ist, die sie

aber nicht im Ansatz analysiert haben, könnten ihre Vorschläge brauchbare Instrumente für die Umsetzung sozialer und ökologischer Ziele werden.

Wenn Marx nach ihrer Auffassung zwar eine ausgezeichnete Analyse des Kapitalismus, jedoch keine Theorie des Sozialismus geliefert hat, könnte eine Aufarbeitung der geldtheoretischen Erkenntnisse von Marx gerade nach dem Scheitern einer Politik, die auf seiner Haupttheorie, der Mehrwerttheorie beruhte, für die Entwicklung eines demokratischen Sozialismus nützlich sein, zumal es nach liberalsozialer Auffassung doch eine Menge verwandter Einsichten gibt: Richtiges und Falsches liegt bei Marx oft unmittelbar nebeneinander. Leider schlägt Marx seine richtigen Erkenntnisse in der Geld- und Zinstheorie mit seinen falschen Überlegungen der Mehrwerttheorie tot.

Schauen wir einmal kurz nach. Eine ausführliche Darstellung dieser Fragen erfolgte in der "GRÜNEN REIHE" Nr. 3: "Warum der Marxismus scheitern mußte".

Marx untersucht zunächst die einfache Warenzirkulation  $W - G - W$ , den Verkauf der Ware (W) gegen Geld (G) und den Kauf anderer Waren mit dem aus dem Warenverkauf erlösten Geld. Er erkennt, daß im Gegensatz zum Naturaltausch, bei dem noch Ware gegen Ware getauscht wurde, jetzt durch das Geld eine Zerlegung dieses einheitlichen Tauschaktes in zwei Teilakte möglich ist. "Die Zirkulation [die Verwendung von Geld, d.V.] sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken des Produktaustausches ... in den Gegensatz von Verkauf und Kauf." (S. 127, Bd. I "Das Kapital"). In der Möglichkeit, das Geld durch zeitweiliges Nichtausgeben, Horten, festzuhalten und dadurch den Produktaustausch zu sprengen, sieht Marx keimhaft die Krisen des Kapitalismus angelegt, wie er sie später in Bd.III im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate herausarbeitet. In dieser Sprengung des Austausches der Waren sieht er aber ebenso keimhaft die ursprüngliche Kapitalakkumulation, wie er sie im Schatzbildungskapitel in Bd.I beschreibt.

Aus mehreren solchen Tauschunterbrechungen entsteht die Schatzbildung oder Kapitalakkumulation. Es entsteht der Geldkapitalist, der jetzt sein Geldkapital nach der Formel  $G - W - G$  einsetzt: Geld wird durch Kauf von Waren – Rohstoffe, Produktionsmittel, Arbeitskraft – mit dem Ziel im Produktionsprozeß investiert, daß nach dem Verkauf der Produkte ein Mehrwert für das Kapital übrig bleiben muß.

In der Mehrwerttheorie nahm Marx noch an, die "Plusmacherei", also die Mehrwertbildung finde im Betrieb statt, indem der Eigentümer der Fabrik die Arbeiter zwingt, mehr zu arbeiten, als ihre Erhaltung als Arbeitskräfte erfordert, und den Ertrag der Mehrarbeit an ihn als Mehrwert zunächst in Form von Waren abzuführen, die er dann in Mehrgeld verwandelt. Wenn das richtig ist, muß selbstverständlich die Aufhebung des Privateigentums gefordert werden, was aber im Realsozialismus nicht zum Sozialismus führte.

Später, in Bd. III erklärt Marx das anders: Der Geldkapitalist fordert bereits vor dem Produktionsprozeß als Vorbedingung den später erst zu erwirtschaftenden Mehrwert/Zins. Wollen sich Unternehmer und Arbeiter auf diese Bedingung nicht einlassen, so sperrt das Geldkapital die Produktion, die Betriebe gehen Pleite, Arbeiter werden arbeitslos. – Die Krise wird so vom Zaune gebrochen.

D.h. die Macht des Kapitals liegt nicht im Betriebskapital, im Eigentum an der Fabrik, sondern darin, ob der Kapitalist und unter welchen Bedingungen er investiert, er sein Geldkapital bereitstellen will.<sup>3</sup>

---

3 Im Kapitel "Zins und Unternehmergeinn" (Band III "Das Kapital") erklärt Karl Marx auf Seite 87, das Geldkapital stehe vor und außerhalb des Produktionsprozesses und vertrete das Eigentum am Kapital durch den verleihenden Geldkapitalisten gegenüber dem fungierenden und aktiven Kapitalisten. Der Zins, den dieser an den Geldkapitalisten zahlt, ist der Teil des Rohprofits, "der dem Kapitaleigentum als solchem zukommt", während der Unternehmergeinn "ausschließlich aus den Operationen entspringt, die er (der fungierende Kapitalist, d.V.) als Unternehmer verrichtet." Marx erklärt dann, daß die "qualitative Scheidung zwischen den beiden Teilen des Rohprofits, daß der Zins Frucht des Kapitals an sich, des Kapitaleigentums, abgesehen vom Produktionsprozeß, und der Unternehmergeinn Frucht des prozessierenden, im Produktionsprozeß wirkenden Kapitals und daher der aktiven Rolle ist, die der Anwender des Kapitals im Reproduktionsprozeß spielt", "eine objektive Tatsache ist" und darauf beruht, daß der Geldkapitalist "das bloße Kapitaleigentum vor

*Durch Geldhortung = Investitionssperre, wie z.Zt. in der ehem. DDR, zwingt das Kapital die Wirtschaft zur Mehrwertzahlung. Ohne Zins kein Geld – ohne Moos keine Arbeit. Das ist die neue und einfache Formel der Geldherrschaft.*

Nun ist Marx nicht mehr dazu gekommen, aus seiner neuen Lehre praktische Konsequenzen zu ziehen, eine Theorie des Sozialismus zu entwickeln (Gysi). Engels hat das ebenfalls nicht vollbracht, aber er hat die Gedanken von Marx im "Anti-Dühring" so einfach und volkstümlich dargestellt, daß eigentlich jeder Marxist diesen Totalwiderspruch zur Mehrwerttheorie erkennen mußte.

Sinngemäß sagte er auf Seite 283/284 – das genaue und recht lange Zitat über eine Seite sollte jede/r selbst nachlesen:

Eigentumsformen sind völlig belanglos dafür, ob in einer Gesellschaft Ausbeutung stattfindet oder nicht.

Engels wirft nämlich Eugen Dühring vor, daß in dessen Kommunismus an den Geldverhältnissen nichts geändert wird. Selbst wenn jeder den gleichen Lohn erhält, würde sich in der Dühringschen Kommune nach kurzer Zeit Neukapitalismus bilden. Die einen kommen mit dem Lohn nicht aus, andere können sparen. Die Sparer werden zu Schatzbildnern, bei denen die anderen borgen müssen - gegen Zins. So entwickelt sich im Kommunismus neuer Zinswucher, aus den Geldverleihern werden über die Kapitalakkumulation durch Zins- und Zinseszinsanhäufung bald Bankiers, die die Wirtschaft beherrschen, auch wenn dem Namen nach die Produktionsmittel noch

---

dem Produktionsprozeß und außerhalb des Produktionsprozesses vertritt". Und auf Seite 393 beschreibt er, wie sich dem fungierenden Kapitalisten im Gegensatz zum Zins "sein Unternehmerrgewinn als unabhängig vom Kapitaleigentum, vielmehr als Resultat seiner Funktion als Niehtieigentümer, als "Arbeiter" darstellt. Näheres dazu in "Warum der Marxismus scheitern mußte", GRÜNE REIHE Nr. 3.

Jahrzehnte im Eigentum der Kommune sind. Die Kommune muß sich für den Mehrwert der Geldkapitalisten tapfer abrackern und der Kommunismus hat sich neu in Kapitalismus verwandelt.

Im Grunde hat Engels hier die spätere Entwicklung in der Sowjet-Union, im Realsozialismus, vorweggenommen. Denn überall dort, wo verstaatlicht oder Belegschaftseigentum geschaffen wurde, blieben die alten kapitalistischen Geldverhältnisse bestehen. Der Zins wurde lediglich bei ca. 5% auf Jahrzehnte verstaatlicht und so den neuen Kapitalisten, die sich aus der neuen herrschenden Klasse bildeten, auch noch das Risiko des Kapitaleinsatzes abgenommen.

Der Sowjet-Ökonom Tugan-Baranowski hat dies nach 1945 in der "Täglichen Rundschau", damals Organ der Sowjetischen Besatzungsmacht, zugegeben und auch heutige Sowjet-Ökonomen sehen das so, daß in der Sowjet-Union bisher ein Durchschnittszins von 5% für langfristige Anlagen gezahlt wurde. Das bedeutet eine Kapitalverdoppelung über Zins/Zinseszins in 14 ½ Jahren, in 29 Jahren bereits eine Vervierfachung, in 43 ½ Jahren eine Verachtfachung der Vermögen. Und das geht so weiter!

*Der Zinskapitalismus des freien Kapitalismus wurde lediglich verstaatlicht. Der Sozialismus pervertierte zum Staatskapitalismus, obwohl sich die Produktionsmittel seit 70 Jahren im Eigentum der Gesellschaft des Staates befanden.*

Jahrzehntelang funktionierte dieses Ausbeutungssystem mit niedrigem Lebensstandard einigermaßen. Der staatlich garantierte Zins von 5% sicherte den Geldumlauf. Aber in den letzten Jahrzehnten und Jahren nahm die Geldspekulation zu. Besonders infolge der ungewissen politischen Zukunft. Die Lücken im Geldkreislauf mußten von der Zentralbank durch neues Geld geschlossen werden und die SU segelte in eine immer

uferlosere Inflation hinein. Zur Ausbeutung durch den Zins und durch die riesigen Kosten eines unproduktiven Lenkungs- und Überwachungsapparates kommt jetzt die Ausbeutung durch die Inflation hinzu. Praktisch ist die SU ökonomisch am Ende. Gorbatschow, der die Problematik zwar eingesehen hat, hat aber offensichtlich nicht mehr die politische Kraft, sich gegen die Interessen der Neokapitalisten einerseits, die auf volle Kapitalfreiheit drängen, und gegen die Interessen der immer noch übermächtigen Staats- und Militärbürokratie, durchzusetzen.

### **Die Kritik der PDS am Realsozialismus und Realkapitalismus – eine Kritik von Oberflächenerscheinungen – Die Geldmacht wird nicht angetastet**

Die PDS, wie SPD und GRÜNE, stellt bisher die Frage nach einer Neuordnung des Geldrechts überhaupt nicht. Gemäß altmarxistischen Dogmen kann für sie das Geld natürlich nur eine untergeordnete Rolle spielen, denn für Marxisten sind Geldvorgänge nur Widerspiegelungen von Produktionsvorgängen. Diese sind real – jene nur Abbilder der Realität. Infolge dieser Grundauffassung, die eben auch bei vielen kritischen Marxisten festsitzt, wurde und wird der Geldfrage nur eine Nebenfunktion zuerkannt. Und über eine demokratische Kontrolle von Geldvorgängen kommt die PDS als Forderung nicht hinaus. Wir werden noch sehen, ob das ausreicht.

Wenn die PDS wirklich dem Kapitalismus zu Leibe will, einen demokratischen Sozialismus und nicht nur ein Arrangement mit dem Kapital will, muß sie der Geldfrage auf den Grund gehen, muß sie Marx neu studieren! Und zwar die neue Lehre vom Geld, vom Zins, vom zu Kapital werdenden Geld und der krisenauslösenden Rolle nicht investierten Geldkapitals bei fallender Profitrate.



Mit einer Kritik der Oberflächenerscheinungen der Staatswirtschaft wie des Realkapitalismus ist es nicht getan. Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Das wird nicht qualitativer durch den durchaus richtigen Satz:

"Eine grundlegende Kritik am kapitalistischen System ist nötiger denn je, deshalb brauchen wir eine konsequent sozialistische Partei, die das Ziel des demokratischen Sozialismus und die Wege dorthin als überzeugende Alternative politikfähig macht."

Gut gebrüllt Löwe! Aber ist es eine grundlegende Kritik, wenn Gysi sagt, der Kapitalismus könne die Zukunftsaufgaben der Menschheit nicht lösen, obwohl er sich als "reformfähig" erwiesen habe, wobei seine Reformen gleichzeitig "Ursachen für die Verschärfung der Menschheitsprobleme sind" (Kriege, Konflikt Ökologie/Ökonomie, Verschärfung des Verteilungskampfes zwischen arm und reich und der Ausbeutung der dritten Welt)?

Das ist doch keine Grundlagenkritik, das ist eine Aufzählung von Folgeerscheinungen des Kapitalismus, die wir auch so sehen. Eine Ursachenanalyse ist da nicht zu erkennen. Von kapitalistischen Strukturen wird zwar viel gesprochen - aber sie werden nicht genannt, bzw. sie werden dann eben doch immer wieder in die Eigentumsverhältnisse verlegt. Dabei kommt man über das "geordnete Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen" nicht hinaus.

Was würde sich denn an der Gesamtausbeutung ändern, wenn in dem neuen Eigentumsmodell sowohl die privaten wie genossenschaftlichen und gemeineigenen Betriebe weiter für benötigte Kredite Zins zahlen müssen? Sie müssen ihn durch Lohnkürzung oder Preiserhöhung um den Zinsanteil erwirtschaften, und das Kapital kassiert den Mehrwert weiter und verdoppelt sich je nach Zinshöhe nach einigen Jahren. Beim derzeitigen Zins von ca. 10 %, der jetzt auch in der ehem. DDR gezahlt

werden muß – früher gab es subventionierte Zinsen von 1 - 2 - 3 % – bedeutet dies eine Vermögensverdoppelung in knapp 8 Jahren, eine Vervierfachung in 16 Jahren usw. und ebenso eine Verdoppelung und Vervierfachung der aufgenommenen Schuld. Der Zinswucher ist doch mit eine starke Ursache, weshalb ein Betrieb nach dem anderen in die Knie geht und jetzt die ersten LPGs ihren Konkurs anmelden müssen.

*Solange die Finanzkapitalisten den Daumen auf dem Geld halten, d.h. per Geldspekulation/ Geldhortung nach Belieben den Geldhahn auf- und zudrehen können, haben sie die Wirtschaft in der Gewalt und zwingen sie zum Zinszahlen. Da spielen Eigentumsformen oder/und Mitbestimmung keine Rolle. Auch der mitbestimmte Betrieb, auch die Kommune muß Zinsen zahlen wie der Privatbetrieb.*

Daran ändert sich auch nichts, wenn die PDS in ihren "Grundpositionen zur Wirtschaftspolitik" – erarbeitet von der Kommission Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik – die "Durchsetzung demokratischer Verhältnisse in der Wirtschaft" verlangt. Sie versteht darunter Mitbestimmung bei wirtschaftspolitischen, technologischen Innovationsentscheidungen durch Vertreter der Belegschaften, Kommunen, ökologischen Bewegungen, Verbraucherverbände, unabhängige Experten, "die durch eine Bewertung der Qualität und ökologischen Verträglichkeit von Produkten und Technologien das Verhalten von Verbrauchern und Anwendern und somit die Markt- und Innovationsstrategien der Unternehmer beeinflussen."

Liberalsozialisten sind nicht gegen neue Eigentumsformen und sie sind nicht gegen Mitbestimmungsstrukturen in den Betrieben und durch gesellschaftliche Gruppierungen. Das ist im übrigen seit Jahren feste Programmatik der GRÜNEN: Forderung nach Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträten auf kommunaler, regionaler und Bundesebene, die die ökologische und soziale Rahmenordnung für die Entwicklung der

Kommunen, Regionen, des Bundes aus ihrer vielfältigen gesellschaftlichen Verantwortung erarbeiten sollen.

All dies ja und nochmals ja! --- Aber an der Notwendigkeit, daß die so selbstverwaltete und demokratisch breit mitbestimmte Gesamtwirtschaft wie jeder einzelne Betrieb durch Lohndruck und Preiserhöhung weiter Zins und Zinseszins für das nötige Kapital aufbringen muß, daran ändert sich durch keine Selbstverwaltung und Demokratiereform auch nur der Bruchteil eines Zinsprozentes. Die Ausbeutung der Arbeit durch das Geldkapital läuft weiter. Und wenn dem Geldkapital die ganze demokratisch erarbeitete Richtung nicht paßt, wenn es diese Ordnung stürzen will und wieder ohne demokratische Kontrolle, ohne ökologische und soziale Zielsetzung rein nach Höchstzinsersparungen investieren will und – um dies zu erreichen – Investitionen verweigert? Was dann? Da nützt die breite demokratische Erarbeitung von Wirtschafts- und Ökodaten überhaupt nichts!

*Wenn Investitionen verweigert werden, wenn der Rubel oder der Euro oder der Dollar nicht mehr rollen, sondern aus Machtgründen Geld spekulativ zurückgehalten wird, dann bricht der Laden zusammen, egal wie die Entscheidungsstrukturen sind, egal ob SPD, GRÜNE oder PDS regieren – die Macht hat nach wie vor das Finanzkapital. Seine Vorherrschaft wird von den Programmen keiner Parlamentspartei angetastet.*

Der ermordete Arbeitgeberpräsident Dr. Hans Schleyer hatte die Katze einmal aus dem Sack gelassen: "Wird das Geldkapital nicht an g e m e s s e n bedient, so stellt es sich nicht zur Verfügung". Im Klartext: Ohne Zins, ohne Eingehen auf kapitalistische Forderungen kein Kapital, keine Produktion, sondern Krise, Pleiten und Arbeitslosigkeit.

*Darüber entscheidet allein die Investitionsbereitschaft des Kapitals, aber keine wie auch immer geartete demokratisch/selbstverwaltete Entscheidungsstruktur der Wirtschaft und Gesellschaft.*

An dieser Vor- und Übermacht des Finanzkapitals ändert sich auch nichts durch eine von der PDS geforderte und evtl. durchgesetzte Mitbestimmung in den Banken und durch ihre Vergesellschaftung. Bekanntlich machen die Banken kein Geld, sondern können nur verleihen, was ihnen als Sparguthaben zur Verfügung gestellt wird. Und da sind gesamtwirtschaftlich weniger die Spareinlagen der Kleinsparer verantwortlich, sondern die großen Geldvermögen, die oft ohne den Umweg über Banken direkt der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Rolllt das Geld nicht - und es rollt nur unter Zinsbedingungen, oder wenn die politische Gesamtrichtung dem Finanzkapital paßt – dann brechen demokratisch geführte Betriebe ebenso zusammen wie private Betriebe und vergesellschaftete Banken.

## **Der liberalsozialistische d r i t t e W e g : Die LIBERALSOZIALE ORDNUNG (LSO)**

Fragen wir nach Gründen, die Finanzkapitalisten veranlassen könnten, Geldkapital kurz- und mittelfristig stillzulegen, also Investitionen zu verlangsamen oder ganz zu stoppen. Während der Zeit der Geldhortung verzichten sie bewußt auf Mehrwert/Zins, das stellte bereits Karl Marx fest.

Erfahrungsgemäß sinkt nach einigen Jahren guter Konjunktur = zunehmender Kapitalbildung, also verstärkter Konkurrenz der Kapitale untereinander, der Ertrag der Kapitale, der Zins. Wird eine bestimmte Mindestgrenze erreicht, die sogenannte Rentabilitätsgrenze, so lohnt oder rentiert es sich nicht mehr, erneut Kapital zu investieren (Geldkapital in Sachkapital zu verwandeln), denn jedes neu

hinzukommende Kapital würde den Zins weiter senken. Investitionen unterblieben daher. Marx hat dies im Kapitel vom tendenziellen Fall der Profitrate untersucht und kam zu gleichen Einsichten wie später Silvio Gesell. In der dann planmäßig einsetzenden Krise wird das zins/mehrwertsenkende Überschußkapital durch Betriebszusammenbrüche (die Großen schlucken die Kleinen) vernichtet, und durch die so bewirkte erneute Kapitalverknappung wird der Zins wieder hochgetrieben, so daß die neue Konjunkturphase wieder beginnen kann, bis nach einiger Zeit abermals der Krisen- oder Kriegspunkt erreicht wird.

Gesell dachte an diesem Punkt konsequent weiter: Müßte auch bei Erreichen der Rentabilitätsgrenze weiter investiert werden, so müßte die zusätzliche Kapitalbildung den Zins immer weiter in Richtung Null herabsetzen. Eine Erkenntnis, die 50 Jahre früher bereits der Anarchosozialist Pierre Proudhon hatte. Oder um mit dem Sozialdemokraten Naphtali, dem späteren ersten Wirtschaftsminister Israels zu sprechen: Der Zins würde in einem Meer von Kapital ersäuft. So äußerte er sich sinngemäß in den 20er Jahren in "Wirtschaftsdemokratie".

Im Klartext: Kann Geld nicht aus der Wirtschaft zurückgezogen werden, so ist der Geldkreislauf auch dann noch absolut geschlossen, wenn der Mehrwert/Zins in die Nähe von Null rutscht. Eine Restrisikoprämie würde dann zur ökonomisch sinnvollen Lenkung des Kapitaleinsatzes ausreichen. Die ökologisch und sozial sinnvolle Lenkung kann dann durch die demokratisch erarbeitete Rahmenordnung der Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträte erfolgen. In dieser doppelt durch ein nicht zu hortendes Geld und durch ökologische und soziale Rahmendaten gesicherten Liberalsozialen Ordnung können sich die Marktkräfte erstmals nach den Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft frei und segensreich entfalten. Im Kapitalismus wirkt der Markt infolge des Rentierungszwanges für das Kapital zerstörerisch gegenüber der Natur, sozial

zersetzend durch Verschärfung der Verelendung (dritte Welt), und den Mittelstand vernichtend durch Halsabschneiderkonkurrenz.

*Die kapitalistische Krise, die den endgültigen Mehrwertverfall immer wieder verhinderte und den Kapitalismus als solchen am Leben erhielt, kann bei geschlossenem Geldkreislauf nicht mehr stattfinden. Die Konjunktur muß weiterlaufen bis der Kapitalzins, der Mehrwert, in einer absoluten Überproduktion von Kapital in die auf den vollen Arbeitsertrag ansteigenden Löhne übergeht und sich so der Kapitalismus selbst auflöst.*

Der Geldkapitalist ist dagegen völlig machtlos. Seine bisher schärfste Waffe, den Geldstreik, die Geldhortung, kann er nicht mehr einsetzen. Er muß auch noch investieren, wenn er sich den Zinsast dadurch absägt, auf dem er sitzt, denn die Frage, ob Mehrwert erzielt werden kann, ist eine Frage der Menge bzw. Knappheit des Kapitals. Im Kapitalismus wurde durch Krisen und Kriege immer wieder Kapitalknappheit künstlich/gewaltsam hergestellt und so der an sich natürliche Tod des Kapitalismus verhindert. Wenn Geld nicht mehr gehortet werden kann, muß der Kapitalist auch dann noch investieren, wenn er, nach Keynes, sich dadurch als Kapitalrentier selbst tötet. Verliert das Geldkapital seine Zinsfähigkeit, so muß auch das Sachkapital – die Maschinen und Fabriken – den Kapitalcharakter verlieren, denn Sachkapital ist vom Geldkapital abgeleitetes Kapital. So wie der Geldkapitalzins im Kapitalismus auf damit gebildetes Sachkapital übertragen wird, so verliert dieses seine Zinsfähigkeit, wenn der Geldkapitalzins gegen Null tendiert. Aus dem im Kapitalismus neben dem Geldkapital in Konzernhand so mächtigen Sachkapital wird ein Sachgut ohne Ausbeutungsfähigkeit. Seine Eigentümer können durch seine Anwendung im Produktionsprozeß durch unternehmerische Arbeit lediglich einen Unternehmergewinn als Lohn für ihre Arbeit erwirtschaften. Seine Höhe hängt von dem jetzt erst freien Wettbewerb ab, an dem sich alle Unternehmensformen, ob individuell,

genossenschaftlich oder kommunistisch organisiert, beteiligen können. Bei einem Zinsfluß von Null und einer um Null pendelnden Risikoprämie können sich neue private wie genossenschaftlich/kollektive Betriebe bilden, während der jetzige kapitalistische Zinsfuß von ca. 10% in der vom Realsozialismus befreiten ehem. DDR den noch bestehenden Betrieben das Genick bricht und sie über kurz oder lang in westliches Konzerneigentum überführt.

*Das heutige hortbare kapitalistische Zinsgeld sichert den Kapitalismus ab. Mit Demokratisierung, neuen Eigentumsformen ist innerhalb der kapitalistischen Geldordnung keine sozialistische Einkommensverteilung durchzusetzen. Das ist keine Frage der Eigentumsordnung, sondern der Geldordnung. Bleibt die kapitalistische Geldordnung bestehen, so wird jede Eigentumsordnung den Zwecken des Geldkapitals unterworfen. Die Arbeitenden müssen den Mehrwert/Zins für das Geldkapital erwirtschaften, egal ob sie in Privatbetrieben, Staatsbetrieben, Genossenschaften, kommunistischen Kollektiven oder den von der PDS vorgeschlagenen neuen gemeinwirtschaftlichen Betrieben arbeiten.*

Wir müssen uns jetzt nur noch fragen, ob und wie ein nicht zu hortendes Geld zu gestalten ist. Gesells Vorschlag ist denkbar einfach: Man hänge dem Geld ebenso ein Standgeld an wie es jede Eisenbahnverwaltung gegenüber den Güterwaggons tut. Das Standgeld auf Waggons sichert den reibungslosen Waggonumlauf: Eine bestimmte Zeit hat jedes Unternehmen frei - egal ob Privat- oder Staatsbetrieb, egal ob in kapitalistischen oder realsozialistischen Staaten. Wird diese Zeit überschritten, muß der Betrieb zahlen. Je länger, um so höher wird das Standgeld. Die Waggons können also nicht als kostenlose Warenschuppen mißbraucht werden. Übertragen auf das Geld: Kostet das Geldhorten Geld, verliert man also dadurch, statt wie bisher im Kapitalismus durch Geldhortung zu gewinnen, nämlich den Zins zu sichern und hoch zu treiben, so schneidet sich der Geldhorter ins eigene Fleisch.

*Gesell empfiehlt also eine geldtechnische Sicherung des Geldumlaufs durch Erhebung einer Umlaufgebühr.*

Das könnte völlig unbürokratisch organisiert werden. Nach dem Seriengeldverfahren würde das Geld in mehreren deutlich unterscheidbaren Serien ausgegeben (Farben oder Zahlen). Die Notenbank erhält per Gesetz die Vollmacht, dann einen Teil der Serien zum gebührenpflichtigen Umtausch gegen neue Serien auszulösen, wenn sie Anzeichen von Geldhortung = Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes feststellt. Das ist am Preisindex abzulesen, der mit Computertechnik täglich erstellt werden könnte. Sinkender Preisindex zeigt geringere Umlaufgeschwindigkeit oder Geldhortung an und könnte ohne Gegenmaßnahmen zu Konjunkturerinbrüchen führen. Die Auslösung einiger Serien wird in der Regel angekündigt und den Wirtschaftsteilnehmern einige Wochen Zeit zur Enthortung gelassen. Da niemand gern freiwillige Verluste erleiden will, wird nach der Ankündigung jede/r ihre/seine Geldbestände überprüfen, ohnehin benötigte Dinge kaufen und Geldüberschüsse zur Bank bringen, die ihrerseits durch Senkung der Kreditbedingungen das Geld möglichst rasch als Kredit in den Geldkreislauf zurückschleust. Die Ankündigung wird in der Regel ausreichen, den Geldumlauf wieder auf Normalumfang und den Preisstand wieder auf die Normalhöhe zu heben, so daß am vorher festgelegten Auslösungszeitpunkt der Notenbankleiter erklären kann, daß infolge volkswirtschaftlich richtigen Verhaltens der Wirtschaftsteilnehmer auf die angekündigte Auslösung verzichtet werden kann.

Stellt aber die Notenbank einen plötzlichen Preiseinbruch durch massive und bewußte Geldhortung = Sabotage der liberalsozialen Geldordnung fest, dann reagiert sie mit der Vollmacht eines schockartigen Umtausches u.U. der gesamten Notenmenge ab einer bestimmten Stückelungsgröße. Etwa ab 200er oder 500er Noten. Die kompletten neuen Serien befinden sich in den Panzerschränken der Landeszentralbanken, so daß sofort ein kompletter Umtausch stattfinden kann. Dabei kann gesetzlich festgelegt werden, daß



unter einer gewissen Höhe der Umtausch 1:1 erfolgt und daß die Umlaufgebühr (Standgeld) mit der Menge des vorgelegten Hortgeldes steigt. Bei Großbeträgen kann gesetzlich auch der entschädigungslose Einzug des Geldes festgelegt werden. *Das ist gerechtfertigt, denn Geldhortung ist eines der größten Verbrechen. Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus! In einer künftigen wirklich sozialen Ordnung muß dieses Hauptverbrechen total ausgeschaltet werden. Wer diese Geldordnung bewußt kippen will, muß mit Totalverlust seiner Hortgelder rechnen.*

Diese Geldordnung ist nicht nur in der Theorie idiotensicher. Sie läßt dem Finanzkapital keine Lücke! Sie hat sich auch im praktischen Modellversuch bewährt. Ohne im Einzelnen hier darauf einzugehen weisen wir auf das Freigeldexperiment der Stadt Wörgl in Tirol hin, wo 1931 mitten in der Weltwirtschaftskrise durch ein Gemeindegeld, das nach Silvio Gesell umlaufsicher gestaltet wurde, die Krise in 13 Monaten stark abgebaut werden konnte. Die Arbeitslosigkeit wurde mit Umlaufgeld um 25 % gesenkt, während sie weltweit anstieg. Die Gemeindefinanzen konnten wegen der Belebung der örtlichen Wirtschaft saniert und so weitere Wirtschaftsaufträge der Stadt finanziert werden. Der große Erfolg bewog eine Konferenz von 130 Gemeinden und Städten ebenfalls auf freiwilliger Basis ein umlaufgesichertes Gemeindegeld zu schaffen. Da schritt die Notenbank ein, pochte juristisch auf ihr Notenmonopol, und das Experiment von Wörgl wurde verboten. Das Finanzkapital nahm lieber Hitler und seine Aufrüstung in Kauf.

Ein ähnlicher Freigeldversuch lief im bayerischen Wald erfolgreich. Dort wurde mit Umlaufgeld eine abgesoffene Braunkohlengrube wieder saniert und die Arbeitslosigkeit in den umliegenden Dörfern beseitigt. Auch dieser Versuch wurde durch die kapitalistische Staatsgewalt unterbunden (Notverordnung der Regierung Brüning).

Ein historisches – über 300 Jahre dauerndes – Großexperiment dieser Art war die mittelalterliche Geldordnung von ca. 1150 - 1450. Das Wirtschaftswunder der Hanse und das Kulturwunder der Gotik beruhten auf dem erstmalig vom Erzbischof Wichmann von Magdeburg eingesetzten Umlaufgeld. Da damit keine großen zinsbringenden Finanzgeschäfte gemacht werden konnten, setzten die Großkaufleute, die danach schnell zu Bankiers wurden (Fugger, Weiser, Höchstädter, Pirkheimer u.a.) durch, daß ein Münzgebiet nach dem anderen ab 1450 wieder das hortbare Dauergeld einführt, so daß ab 1500 überall die Finanzherrschaft des Neukapitalismus durchgesetzt werden konnte.

*Mit dem Hinweis auf diese drei Experimente wollen wir nur verdeutlichen, daß es sich beim Liberalsozialismus nicht nur um eine Vision, sondern um eine praktizierbare Utopie handelt. Um mit Gysi zu sprechen, geht es eigentlich nur noch darum, diese Ziele eines Sozialismus in Freiheit und die Wege dorthin als überzeugende Alternative politikfähig zu machen. Ohne eine Revolution in den Köpfen wird das nicht gehen!*

## **Ausblick**

Die kapitalorientierten Parteien CDU/CSU/FDP sichern rechtlich und politisch die Vormachtstellung des Kapitals ab. Die SPD respektiert sie. Sie könnte nur durch eine starke Oppositionspartei, die sie als Partner braucht, zum Nachdenken in Richtung eines dritten Weges gezwungen werden. Eine Partei eines dritten Weges, die das schaffen könnte, ist jedoch nicht in Sicht. Nicht einmal in den GRÜNEN ist diese Kraft vorhanden. Die Liberalsozialisten in ihr sind durch die Entwicklung aus einer die grüne Partei in ihren Anfängen mit prägenden Kraft ab 1980 durch Einbruch sogenannter linkssozialistischer Kräfte vor allem aus den politisch absterbenden K-Gruppen (z.B. KB = Kommunistischer Bund, KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschland, KPD, M/L = Marxisten/Leninisten und anderen linken Resten) in eine Minderheitsposition gedrängt worden. Mehr oder weniger wurde die Partei seither von Kräften beeinflusst,

die aus der linkssozialistischen Ecke kamen und einen mehrwerttheoretisch fixierten Karl Marx im Kopfe hatten. Von den hier kurz skizzierten geld- und zinstheoretischen Ideen von Marx war ihnen nichts eingegangen, so wie auch die Auslassungen der PDS davon nichts spüren lassen.

Diese Kräfte in den GRÜNEN haben sich in den letzten Jahren in den Realo- und Fundiflügel gespalten. Hielten die FUNDIS, jetzt das Linke Forum, mehr oder weniger am Marx der Mehrwerttheorie fest, so sind die Realos inzwischen ins kapitalistische Lager abgedriftet. Sie haben sich der Scheinrealität angepaßt, daß der Sozialismus untergeht und der Kapitalismus der Sieger ist, und reduzieren ökologische Politik auf den im Kapitalismus allein möglichen reparierenden Umweltschutz. Natürlich geht das von den Realos stark mitgeprägte grüne Umbauprogramm im Ansatz darüber hinaus. Aber unter der Herrschaft des kapitalistischen Zinsgesetzes ist in der Praxis nicht mehr durchsetzbar als nachträgliche Reparatur der allergrößten Umweltschäden, egal ob Herr Töpfer das für die CDU macht oder Joschka Fischer für DIE GRÜNEN.

Von der PDS droht dem Kapital solange keine Gefahr, solange sie keine sozialistische Geldpolitik entwickelt. Mit ihren jetzt vorgelegten Vorschlägen möchte sie zwar über die kapitalistische Marktwirtschaft hinaus zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft gelangen, also ihre kapitalistischen Elemente überwinden. Sie kann es aber nicht, weil sie diese Elemente in der kapitalistischen Geldstruktur noch nicht erkannt hat.

Gelegenheiten dazu hat es gegeben. Bereits im Dezember 1989 erhielten gerade die PDS-Mitglieder der Regierung Modrow, aber auch Mitglieder des Runden Tisches die liberalsoziale Denkschrift von Tristan Abromeit: "Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers der Mängeldemokratie BRD für Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR" und die Grundsatzschrift von Dirk Lühr: "Freiwirtschaft – Ausweg aus dem

Planchaos". Gregor Gysi erhielt vom Verfasser im Januar 1990 diese Texte und weiteres Material, u.a. unser damaliges Flugblatt "Dritter Weg für die DDR". Er gab es, statt sie selbst zu studieren, dem PDS-Arbeitskreis Wirtschaft weiter, der damit nichts anfangen konnte, was seine Veröffentlichungen in Gysis Buch zeigen. Im Juni wurde Gysi das Material mit einem langen Begleitbrief erneut vorgelegt, ohne daß jetzt eine Antwort erfolgte, was in den turbulenten Wochen der Festlegung der DDR an das goldene Würgeisil der DM auch nicht unmittelbar zu erwarten war. Wie das im September veröffentlichte Buch Gysis zeigt, ist von diesen Anregungen in dem Buch "Wir brauchen einen dritten Weg" nichts zu finden.

*Das Buch wird dem Anspruch, wenigstens Ansätze eines dritten Weges aufzuzeigen, nicht gerecht. Es weist keinen Weg zu einem freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Über die Skizzierung einer allgemeinen Vision eines freien Sozialismus kommt es nicht hinaus. Mit Visionen allein aber kann man Politik nicht gestalten.*

Die vorgeschlagenen Schritte führen nicht zur Realisierung der Vision. Sie könnten, wenn sie politisch durchgesetzt werden, lediglich zu einem ökologisch und sozial gezügelten Kapitalismus führen, wenn sich die kapitalistische Finanzaristokratie darauf berechnend einläßt, um so einem freiheitlichen Sozialismus die Zähne zu ziehen und die Bewegung zu integrieren.

Nach dem derzeitigen Diskussionsstand müssen wir der PDS absprechen, einen dritten Weg zu vertreten oder gar einen freiheitlichen demokratischen Sozialismus zu propagieren. Weder ist in dem Buch eine befriedigende Kapitalismusanalyse erfolgt, noch eine Theorie eines demokratischen Sozialismus entwickelt worden. Das Buch beschreibt das Godesberg der PDS.

Wenn es der PDS ernst ist mit dem Willen, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten und undogmatisch über eine "konsequente Erneuerung" nachzudenken, dann wird sich diese Ernsthaftigkeit auch an ihrem Verhalten dieser Kritik gegenüber zeigen, die von der PDS gern veröffentlicht werden kann, z.B. im "Neuen Deutschland", damit eine breite Diskussion nicht mehr um einen sozial und ökologisch verzierten Kapitalismus eingeleitet wird – wie es das Gysi-Buch tut –, sondern damit endlich über Grundlagen eines freien Sozialismus debattiert werden kann.

\*\*\*\*\*

## **Den Boden soll besitzen, wer ihn bearbeitet.**

### **Workshop der PDS zur Reform des Bodenrechts. Versuche, die marxistische Eigentumstheorie auf den Kopf zu stellen.**

Unter Leitung von Prof. Steinitz fand am 1.7. ein Workshop der PDS-nahen Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung statt, zu dem auch Nichtmarxisten eingeladen waren, um eine Bodenkonferenz 1996 vorzubereiten, mit der die PDS in die bodenpolitische Offensive gehen will.

Zum Arbeitsmaterial gehörte ein Papier von Dr. Hartmann, in dem liberalsoziale Positionen, wie sie in den neuen Bundesländern in zahlreichen Besprechungen vom Seminar für freiheitliche Ordnung, vertreten durch Fritz Andres, enthalten waren.

### **Privateigentum an Produktionsmitteln ist nicht Grundlage des Kapitalismus!**

Einleitend referierte Prof. Ruben über Eigentumsfragen im Zusammenhang mit dem Scheitern des europäischen Kommunismus: Die originäre Idee des Kommunismus, Privateigentum an Produktionsmitteln in Gemeineigentum umzuwandeln, wurde im Rahmen nationalkommunistischer Staaten vollständig verwirklicht. Militärisch unangreifbar geschützt, ist der Kommunismus aus rein inneren Gründen gescheitert. Das Gemeineigentum erwies sich als unfähig, die wirtschaftlich nötigen Produktivitätsfortschritte zu realisieren. So nahm die Verschuldung der Sowjet-Union 1970/80 um das 11-fache zu, und der Kommunismus existierte nur noch von den Mehrwertüberschüssen seines kapitalistischen Gegners. Die Realität widerlegte die Theorie des Gemeineigentums als Mittel zur Lösung der Sozialen Frage und damit auch die kommunistische Illusion, Privateigentum sei Grundlage des Kapitalismus: Wenn einige Eigner der Produktionsmittel sind und andere nicht, so führe dies zur Herrschaft der einen über die anderen. Diese Annahme der Kommunisten erforderte bekanntlich die Ersetzung des Privateigentums durch Gemeineigentum.

Das Scheitern des Kommunismus zwingt neu über die Rolle des Eigentums nachzudenken. Erster Schritt sei begriffliche Klarheit, z. B. strikte Unterscheidung zwischen juristischem Eigentum und seiner Nutzung durch Besitz.

Interessant war auch die weitere unmarxistische Meinung Rubens, Eigentum konstituierte sich nicht durch Produktion, sondern durch den Austausch, in dem sich zwei Tauschende gegenseitig als Eigner der Sachen anerkennen, die sie tauschen. Daß Gesellschaftlichkeit durch den Austausch gebildet wird, während Kooperation in der Produktion nur gemeinschaftsbildend wirke, stellt in der Tat den marxistischen Glauben an die Kraft der Produktionsverhältnisse auf den Kopf.

Der Berichterstatter übergeht auch aus Platzgründen einige abstrakte Unterscheidungen Rubens zwischen privatem und persönlichem und Gesellschafts- und Gemeinschaftseigentum, das z.B. als Eigentum einer Genossenschaft den von ihm Ausgeschlossenen kombiniert auch als Privateigentum der Genossenschaft gegenübertritt.

Auch die Entstehung des Privateigentums am Boden aus dem ursprünglichen Gemeineigentum (Allmende) über das Lehenssystem – oberster Eigentümer war immer noch der König als Repräsentant der Gesellschaft – vollzog sich, deutlich erkennbar nach den Landeseinhegungen in England im 16./17. Jahrhundert, unter den Zwängen, Kredite zur Steigerung der Produktivität über private Eigentumstitel abzusichern. Also auch hier Elemente der Zirkulation als treibende Kraft?

**Rubens schloß: Er sehe keinen Sinn, daß Sozialisten weiter Privateigentum attackieren.**

Die ca. 20 Teilnehmer waren vorwiegend ehemalige Gesellschaftswissenschaftler der DDR, jüngere PDS-Vorständler und Mitarbeiter von Bundestags/Landtagsfraktionen. Bei seinen älteren Professorengeossen stieß Rubens auf teils heftigen Widerstand. Kein Wunder, war doch die Überzeugung, Eigentum an Produktionsmitteln entscheide, ob eine Gesellschaft kapitalistisch oder sozialistisch ist, das A und O des Marxismus.

Durch den Rubenvortrag entwickelte sich zunächst eine allgemeine Debatte über Fragen des Eigentums und führte vom Thema des Workshops, der Bodenfrage, erst einmal ab. Um an dieses Thema wieder heranzukommen, begnügte sich Georg Otto, aus liberalsozialer Sicht nur einige behauptende Punkte zu skizzieren, die in einem späteren Treffen eingehender diskutiert werden sollten.

Er stimme mit Ruben darin überein, Eigentum an Produktionsmitteln entscheide nicht, ob in einer Gesellschaft Ausbeutung und Herrschaft der einen über die anderen bestehe. Wäre es eine Frage des Eigentums gewesen, dann hätte wenigstens in einem Land mit vergesellschaftetem Eigentum an Produktionsmitteln der Sozialismus, eine freiheitliche, sozial gerechte Gesellschaft entstehen müssen, und sie wäre nicht überall gescheitert. Andere Kriterien müßten zur Erklärung mit herangezogen werden. Folge man in der Politik den noch unvollständigen Erklärungen Rubens, so könne man mit Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft nicht verhindern, was die Praxis in den ehemaligen kommunistischen Bereichen zeigt. Im Gegensatz zu Marx sehe die liberalsoziale Theorie die Ursache der Ausbeutung in dem der Produktion vorgeschalteten Zinsverlangen des Geldkapitals, das garantiert sein müsse, wenn Geldkapital die Produktion überhaupt freigibt. Andernfalls wird durch (zeitweises) Zurückhalten des Geldkapitals die Produktion gestoppt und durch Krisen mit Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit der Produktionsbereich solange weichgeklopft, bis die Bedingungen des Geldkapitals erfüllt werden. Weil Geld nur gegen Zins bereitgestellt wird, deshalb müssen auch die damit produzierten Produktionsmittel, das Sachkapital, Zins abwerfen, der aus den Arbeitenden herausgepreßt werden muß. Eine Entkapitalisierung könne daher nicht durch Änderung der Eigentumsverhältnisse erreicht werden, weder durch Vergesellschaftung/Verstaatlichung/Gemeineigentum, was die Praxis des Kommunismus zeigte, noch durch Privateigentum, was jetzt weltweit der Kapitalismus beweist. Ohne eine Entkapitalisierung des Geldes läuft da nichts. Rubens neue Bewertung der Eigentumsverhältnisse könne erst dann ein Neuansatz einer sozialistischen Theorie werden, wenn sie eine Reform der Geldordnung einschließe, die dem Privateigentum an Fabriken den kapitalistischen Giftzahn ziehe und zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus führe.

Er schlug vor, zwischen Eigentum an von Menschen durch Arbeit zu schaffendem und zu vermehrendem Sachkapital und an nicht durch Arbeit zu vermehrenden Naturgütern zu unterscheiden, die durch Bevölkerungswachstum immer stärker zu einem zugunsten der Eigentümer ausbeutbaren Monopol werden und daher nicht in privatem Eigentum sein sollten.

Dagegen kann Sachkapital soweit vermehrt werden, daß es sein zeitweises Monopol verliert und zu einem nicht mehr ausbeutbaren Sach-



gut wird, das die Eigenschaft, aus den damit arbeitenden Menschen Mehrwert erpressen zu können, verliert, auch wenn es privates Eigentum bleibt. Eigentum an Sachkapital kann so entkapitalisiert werden.

Beim Boden ist das infolge seines naturgegebenen Knappheitscharakters nicht möglich. Die Entkapitalisierung kann daher nur durch Gemeineigentum bei privater Nutzung oder bei Privateigentum nur durch steuerliche Abschöpfung des Bodenwertzuwachses erfolgen.

Dr. Hartmann plädierte für eine gründliche Vorbereitung des geplanten Kongresses. Erst dann habe es Sinn, mit einem Sachprogramm an die politische Durchsetzung heranzugehen.

Georg Otto wies als Sprecher der Liberalsozialen in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hin, daß sowohl SPD als auch seine Partei auf diese bodenreformerischen Ziele programmatisch fixiert seien, sich aber z.Zt. darauf ausruhen. Wenn die PDS Anträge auf Unverkäuflichkeit öffentlicher Böden und Wegsteuern von Wertzuwachsen bei Privatböden einbringt, können sie von diesen Parteien ohne Preisgabe eigener Grundsätze nicht abgelehnt werden. Es bedarf dann nur weniger christlicher Abgeordneter, die es mit dem theistischen Bodenrecht – der Boden gehört Gott, die Menschen sind nur Lehensleute auf ihm – ernstnehmen und solchen Anträgen zustimmen, um noch in diesem Bundestag die Grundlagen für ein soziales und ökologisches Bodenrecht zu schaffen.

**Zins – eine abgeleitete oder eine originäre Größe?  
Geldvorgänge – Verschleierung oder treibende Kraft der realen  
Produktion?**

Nach der Zusammenfassung der Debatte, in der Prof. Steinitz die marxistische Position zum Zins als abgeleitete Größe bekräftigte, erhielt jeder Diskutant noch Gelegenheit zu einer Bemerkung. G. Otto verdeutlichte den Gegensatz Marx – Gesell und ging auf die dialektische Aufhebung des Gegensatzes durch Marx im 3. Band "Das Kapital" im Kapitel "Unternehmergewinn und Zins" ein. Dieser erklärt zwar abstrakt, aber unmißverständlich, es ist eine objektive Tatsache, daß das Geldkapital vor dem Produktionsprozeß steht und der mit ihm fungierende Kapitalist, der Unternehmer, deshalb dem nur leihenden Kapitalisten, dem Geldgeber, den Zins aus dem Mehrwert abführen muß.

Dann wäre der Zins – auch nach Marx – eine originäre Größe und das Produktionskapital vom Geldkapital abgeleitetes Kapital, das seine Kapitaleigenschaft, im Produktionsprozeß Zins als Teil des Gesamtertrages von den Arbeitenden incl. Unternehmerarbeit zu fordern, aus der Sonderstellung des Geldkapitals vor und außerhalb des Produktionsprozesses erhält: Im Zweifelsfall setzt es sich durch Geldstreik = Unterbrechung der Produktion machtmäßig durch. Friedrich Engels, gestützt auf die Kapital- und Zinstheorie von Marx, formuliert es im Anti-Dühring knallhart: "Die Beherrscher des Zirkulationsmittels verwandeln sich in Beherrscher der Produktion, damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschaftskommune fungieren." (S. 284) Engels weiß, daß sich "hier die immanente, vom menschlichen Willen unabhängige Natur des Geldes durchsetzt" und daß das "Geld das mächtigste Mittel zur Einwirkung auf die Gemeinwesen ist", das "allen Gesetzen und Verwaltungsnormen zum Trotz die Dühringsche Wirtschaftskommune auslöschen müßte." (S. 290)

Erinnert das nicht an Prof. Ruben, der dem Zirkulationsprozeß, dem Geld, eigentumsstiftende Kraft zuweist? Und hat nicht die in der Sowjet-Union lediglich verstaatlichte Zirkulationssphäre mit staatlich sanktionierter Zinsausbeutung um 5 % Kapitalverdoppelung in 14 ½, Vervierfachung in 29 Jahren, den Sozialismus-Kommunismus in Staatskapitalismus verwandelt und diesen durch Verselbständigung monetärer Prozesse von der realen Produktion zerstört, so wie gegenwärtig die Verselbständigung der Geldprozesse als Folge des Zinseszinsystems die kapitalistische Weltwirtschaft zu zerstören droht?

Im Unterschied zu Engels sieht die liberalsoziale Theorie im Geld keine Naturgesetze wirken, sondern Fehlentwicklungen, die durch eine Umkonstruktion des Geldes zu einem chemisch reinen Tauschmittel bei Tilgung seines Hortmonopols zu korrigieren sind.

Und wenn Prof. Steinitz meint, es sei Illusion, in einer kapitalorientierten Wirtschaft die Aufhebung des Zinses zu erwarten, so hat er zwar recht, übersieht aber, daß der von Silvio Gesell vorgeschlagene Umlaufzwang des Geldes durch eine Art Strafzins für Geldhortung gerade diese Kapitalorientierung in eine rein arbeitsorientierte Wirtschaft umwandelt und dabei den Zins in den Nullbereich senkt. Und wenn Prof. Rubens trotz richtiger Teilerkenntnisse von der Kraft der Tauschsphäre gegenüber dem Produktionssektor dann wieder von der

"monetären Verschleierung realer Vorgänge" spricht, so zeigt sich, wie zäh die Thesen von der Widerspiegelung der Produktion in Geldvorgängen überleben, von denen bei Marx nicht einmal im 1. Band "Das Kapital" die Rede ist, wo er schon die Grundlagen seiner späteren geld- und zinstheoretischen Überlegungen entwickelte. Lediglich werttheoretische Überlegungen führten ihn in die Irre und zwangen ihn, die un-reale Äquivalenz von Geld und Ware, von Geld und Arbeitskraft zu behaupten. Dies erst ermöglichte ihm, mit der Mehrwerttheorie die Ausbeutung in Übereinstimmung mit dieser nichtbestehenden Äquivalenz (Gleichwertigkeit) erklären zu können. Letztlich führte diese Konstruktion dazu, die Ausbeutung in der Fabrik und im Privateigentum an Fabriken zu erklären. Die sich daraus ergebende Überführung des Eigentums an Produktionsmitteln erwies sich in jahrzehntelanger Praxis als ungeeignet zur Lösung der Sozialen Frage (Ruben), und bewirkte das Scheitern dieses Versuches, Kapitalismus zu überwinden.

### **Besitzrecht am Boden reicht für eine kapitalismusfreie Marktwirtschaft.**

Es war nicht Sinn des Treffens, gerade diese Fragen zu debattieren, deren Klärung jedoch unverzichtbar für einen neuen Versuch ist, Freiheit und soziale Gerechtigkeit auf einen Nenner zu bringen, was immer Ziele des Sozialismus waren. Bei Einigkeit in den Zielen gibt es doch unterschiedliche Vorstellungen über die Mittel, um sie zu verwirklichen.

Der Nachmittag gehörte Bodenrechtsfragen unter dem Gesichtspunkt der Landwirtschaft der neuen Länder. Der Komplex "Wohnen, Miete, Bodenpreise" wurde nur kurz gestreift. Hier gab es Einigkeit, daß Erbaurechte hier der günstigste Weg seien, künftige Wertsteigerungen für die Allgemeinheit zu sichern und Spekulation zu stoppen. Der Anteil der Bodenpreise an den Baukosten wurde für die neuen Länder mit 25 - 50 % in Ballungsgebieten beziffert. Die Probleme in Landbereich liegen anders als im Westen. Einmal geht es um Fragen der Rückgabe von Böden an enteignete Alteigentümer und um Sicherung der Rechte jetziger Besitzer wie Eigentümer. Das gilt für Erholungsparzellen, die infolge begrenzter Reisemöglichkeiten in der DDR eine große Rolle spielen, auch für Wiedereinrichter, Landwirte, die aus einer LPG aussteigen und solche, die als Privateigner weiter in einer Genossenschaft arbeiten wollen.

Es wurde über einen Prozeß in Fürstenwalde berichtet. Dort wurde ehemaliges Großgrundland den Bauern zugesprochen und der Rückgabeanspruch des Erben eines enteigneten Altheigners abgelehnt. Die Begründung war: Bauern würden mit pflanzlich-tierischer Produktion mehr Arbeitsplätze schaffen. Was die 2. Instanz sagt, ist abzuwarten.

Mitarbeiter der Brandenburger Landtagsfraktion der PDS informierten über ein beantragtes Landesbodengesetz als Ausführung zu Art. 40 der Verfassung, daß der Boden der Allgemeinheit gehören solle. Der PDS-Antrag sieht vor, öffentliche Böden in der Regel in Nutzungsrechten zu vergeben und nicht zu verkaufen.

Bisherige PDS-Beschlußlage ist, bäuerliches Privateigentum am Boden anzuerkennen. Über die Nutzungsform, ob als individueller Betrieb oder in Genossenschaften, sollen die Betroffenen entscheiden. Entschieden wendet sich die PDS gegen Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse vor der Bodenreform.

Als mögliche Zukunftsvision gibt ein noch nicht ausdiskutiertes Arbeitspapier den Schutz bäuerlichen Privateigentums an und die Bindung des Eigentums an den jeweiligen Nutzer.

Mehrere Redner berichteten, daß in Gesprächen mit Bauern deutlich wurde, daß diese für die landwirtschaftliche Produktion keine Hinderungsgründe sehen, wenn diese auf langfristig gesicherten Pachtböden (Erbpachtrecht) stattfindet. Prof. Ruben widersprach zwar der von der Bundesregierung begünstigten Privatisierung zugunsten früherer Großgrundeigentümer, setzte sich jedoch für Neuschaffung bäuerlichen Bodeneigentums und Erhaltung des vorhandenen Privateigentums am Boden ein, wenn keine arbeitslosen Einkommen zu erzielen sind.

Von liberalsozialer Seite wurde erneut auf die Vermischung von Eigentum an vermehrbaren Arbeitsprodukten und an nicht vermehrbaren Naturgütern hingewiesen. Verständlich ist diese, weil Marx diese Unterschiede bei den Produktionsmitteln nicht machte und in den Ländern, die die Forderung der Mehrwerttheorie nach Gemeineigentum umsetzen, alle Produktionsmittel davon betroffen wurden: die durch Arbeit vermehrbaren und daher im Grundsatz zu entkapitalisierenden Fabrikationsanlagen und der nicht vermehrbare Boden.

Es ist auch verständlich, daß die PDS, vor allem auf dem Lande, nicht als Eigentumsfeind gelten will. Dennoch wird auch mit bäuerlichem Privateigentum, auch wenn die Nutzer zunächst nur Arbeitseinkommen auf dem Boden erzielen können, künftige Wertsteigerung privatisiert und der Allgemeinheit vorenthalten. Um dies zu verhindern, müsse zusätzlich Privateigentum durch Wegsteuern solcher Steigerungen entkapitalisiert werden.

Sinnvoller sei es, öffentliche Böden, die es ja in den neuen Bundesländern noch in großem Maße gibt, gleich in öffentlichem Eigentum zu halten und von den Nutzern künftige Wertsteigerungen mit gleitendem Erbpachtzins zu erheben. Auf jeden Fall sparen Neueinsteiger die Kosten des Bodenkaufs, wenn sie Boden in Erbpacht bewirtschaften.

Ein künftiges soziales Bodenrecht kann durchaus gemischte Eigentumsformen enthalten: Öffentliches Eigentum bei privater wie genossenschaftlicher Nutzung gegen eine marktmäßig zu ermittelnde Nutzungsabgabe und privates Eigentum mit steuerlicher Abschöpfung von nicht durch Kapital- und Arbeitseinsatz der Eigentümer bewirkten Wertsteigerungen.

Für den geplanten Kongreß zu einem neuen Bodenrecht sollten beide Komponenten in den Mittelpunkt gestellt werden. Ob von diesem Zusammentreffen marxistischer und liberalsozialer Positionen auch in Sachen Erneuerung des Geldrechts Impulse ausgehen, bleibt abzuwarten. Der Bericht soll auch zu weiteren Diskussionen, auch schriftlich, einladen.

\*\*\*\*\*

Weiterverbreitung durch Druck, Kopieren, Übersetzen in andere Sprachen ist im Ringen um Freiheit und Gerechtigkeit notwendig und erwünscht.  
Weitere Informationen bei Georg Otto, 31079 Eberholzen, Tel. 05065/8132

Der liberalsozialen Bewegung kommt derzeit eine besondere Bedeutung zu:

- Der marxistische Versuch der Begründung einer sozialistischen Gesellschaft ist gescheitert. Er mußte wegen schwerer Theoriefehler zum Staatskapitalismus degenerieren, weil die Geldtheorie von Marx nicht beachtet und das kapitalistische Zinsgeld in den Sozialismus-Versuch übernommen wurde. Die liberalsoziale Theorie behauptete dies bereits vor der Oktoberrevolution.
- Der Kapitalismus leidet an schweren Alterskrisen. Sie drohen – wir haben es in dieser Schrift angedeutet –, die Menschheit in eine letzte Krise zu schleudern. In ihr gibt es kein menschenwürdiges Leben mehr.

Nur eine klare Analyse dieser ebenfalls zum Absterben verurteilten Wirtschaft kann Wege für eine beiden Altsystemen überlegene Ordnung weisen. Daran zu arbeiten, ist die Aufgabe der Liberalsozialen Bewegung.

Wer dabei mithelfen will, nehme mit uns Verbindung auf, verbreite unsere Ideen, helfe uns möglichst auch finanziell.

# H

ier liegt endlich ein Buch vor, das dem Laien wie dem Insider Aufschluß gibt über die Rolle, die das Geld bei politischen Vorgängen spielt. Umfassend und spannend antwortet es auf Fragen, die sich fast jeder schon einmal gestellt hat. Zum Beispiel, warum trotz häufiger Weltwährungs- und G8-Konferenzen die Finanzwelt immer mehr aus den Fugen gerät; warum die weltweit vagabundierenden Milliardenströme immer größer werden, die Kurse an den Aktien- und Devisenmärkten immer verrückter reagieren, die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff bekommen und die Zinsschwankungen Konjunktur und Krisen bestimmen. Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, warum wir eigentlich jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen, warum auch in den reichen Industrienationen die Verschuldung, die Armut und die Arbeitslosigkeit immer größer werden und in aller Welt die gewaltsamen Auseinandersetzungen und Bürgerkriege zunehmen. Oder Sie können nicht begreifen, daß trotz 40jähriger Entwicklungshilfe der Süden immer mehr zurückgefallen ist; trotz jahrzehntelanger Abrüstungsverhandlungen der Overkill unvorstellbare Ausmaße angenommen hat; trotz höherem Wissensstand die Wirtschaftskrisen zunehmen und trotz 20 Jahren Umweltbewußtsein die Zerstörungen weitergehen.

In diesem aktuellen Buch wird nachgewiesen, warum alle diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen und daß ohne deren Korrektur kaum Hoffnung auf eine Lösung der vielfältigen Probleme besteht.

Aber nicht nur grundlegende Wechselwirkungen zwischen Geld und Gesellschaft, Währung und Wirtschaft werden, ausgehend von offiziellen Daten, anschaulich erklärt. Auch eine Fülle interessanter Details, durch griffige Vergleiche und ca. 100 Grafiken verdeutlicht, machen dieses Buch zu einer Fundgrube für jeden.

Besonders wichtig: Die konkreten Vorschläge zur Überwindung der Fehlstrukturen unseres Geldes. Denn nur mit einem störungsfrei funktionierenden stabilen Geld können wir endlich zu einer gerechten und stabilen Wirtschaft und Gesellschaft kommen, die auch der Umwelt eine Chance gibt.

## Das Standardwerk:

Helmut Creutz

## Das Geldsyndrom

Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

628 Seiten

Taschenbuch

€ 16,80

ISBN 3-928493-46-9

**"Wir sollten uns nicht so gebärden, als ob das Erkennen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge nur den Gralshütern vorbehalten bliebe, die auf der einen Seite wissenschaftlich, auf der anderen Seite demagogisch ihre verhärteten Standpunkte vortragen.**

**Nein, jeder Bürger unseres Staates muß um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist."**

Ludwig Erhard, 1962

## Weitere Informationen zum Thema:

- Georg Otto (1991):  
**Warum der Marxismus scheitern mußte**  
**Widersprüche zwischen Marx' Mehrwerttheorie – als Grundlage der**  
**realsozialistischen Versuche – und Marx' Geldtheorie – als Basis für**  
**einen Sozialismus in Freiheit?**  
 ca. 50 Seiten DIN A5
- Georg Otto (1995):  
**Führt der "Dritte Weg" der PDS in den demokratischen Sozialismus**  
**oder in einen Sozialkapitalismus?**  
 ca. 50 Seiten DIN A5
- Karl Walker (1970): **Überlegungen zur Werttheorie**  
 ca. 30 Seiten DIN A6

Die beiden **Schriften von G. Otto** sind **kostenlos als pdf** erhältlich: Download unter [www.geldreform.de](http://www.geldreform.de) (Tip: umfangreiche Literatursammlung zum Thema) oder anfordern per mail (siehe unten).

Preise für Printversionen (jeweils incl. Porto gegen Vorab-Überweisung):

Texte von G. Otto: jeweils € 4,- ; Text von K. Walker: € 2,50.

Alle drei Texte zusammen € 8,50.

Mengenrabatt ab 7 Exemplare (gemischt im vom Besteller angegebenen Verhältnis): je € 3,- für die Schriften von G. Otto und € 2,- für die Schrift von K. Walker.

A3W gibt vierteljährlich **die Zeitschrift "ALTERNATIVEN"** heraus, in der Fragen eines LIBERALSOZIALISMUS behandelt und diskutiert werden.

Probeexemplare können gegen je Euro 3,- (Porto incl.) angefordert werden.

Die Abo-Höhe zu ALTERNATIVEN und den Beitrag zur Bürgerinitiative A3W - ALTERNATIVE DRITTER WEG legt jede/r selbst fest.

Wer Interesse hat, sich am **Arbeitskreis LIBERALSOZIALISMUS** zu beteiligen, kann bisherige Papiere des Arbeitskreises anfordern:

- kostenlos als Datei per mail oder
- gegen € 2,- als Papiere per Post (Porto incl.)

### Bestellungen bei:

Liberalsoziales Büro, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, Tel.: 05065/8132,  
 Mail: [alternative-dritter-weg@t-online.de](mailto:alternative-dritter-weg@t-online.de)

Vorab-Überweisung auf Sonderkonto G. Otto, Kto.: 25 00 42 303 bei Postbank Hannover, BLZ: 250 100 30